Nr. 181. Halle (Saale), Montag, den 5. August 1918. 29. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1.— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1.— Mk., vierteljährl. 3.— Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Zustellgebühr extra. Für Kriegsfamilien 50 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16105.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 62 mm breite Reklamezeile beträgt 1.— Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 4. August 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Während der Nacht anfiebernde Artillerietätigkeit, die sich südwestlich von Ypern und beiderseits der Somme zeitweilig zu großer Stärke steigerte. Beiderseits von Albert nahmen wir ohne feindliche Einwirkung unsere westlich der Ancre stehenden Posten auf das östliche Flußufer zurück. In erfolgreichen Vorfeldkämpfen südlich vom Luce-Bach und südwestlich von Montdidier machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Keine Kampfhandlungen. Wir stehen an der Aisne (nördlich und östlich von Soissons) und an der Vesle in Gefechtsfühlung mit dem Feinde.

Leutnant Billik errang seinen 28. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Großes Hauptquartier, 5. August 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: An der Front zwischen Ypern und südlich von Montdidier nahm die Feuertätigkeit am Abend zu und blieb auch die Nacht hindurch lebhaft. In Flandern nördlich von Albert und beiderseits der Somme wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Nördlich von Montdidier nahmen wir unsere auf dem Westufer der Avre und des Dom-Baches stehenden Kompagnien ohne feindliche Einwirkung hinter diese Abschnitte zurück. Bei kleineren Unternehmungen südwestlich von Montdidier machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. An der Vesle hat die Feuertätigkeit zugenommen. Erfolgreiche Vorfeldkämpfe südlich von Condé und westlich von Reims. Nach Abwehr feindlicher Teilvorstöße wichen unsere Nachhuten starkem Angriff des Gegners auf Fismes befehlsgemäß auf das nördliche Vesle-Ufer aus.

Heeresgruppe v. Gallwitz und Albrecht. Westlich der Mosel, in den mittleren und oberen Vogesen wurden Vorstöße des Feindes abgewiesen. Im Sundgau machten wir bei eigener Unternehmung Gefangene.

Bizefeldwebel Thom errang seinen 27. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

*

Vorfeldkämpfe in der Champagne.

Berlin, 8. August. (Offiziös.) In Erweiterung der gestern gemeldeten Vorfeldkämpfe in der Champagne schoben wir unsere Linien trotz zähen Widerstandes in 5 Kilometer vor. Die hierbei gemachten 100 Gefangenen, unter denen sich 2 Offiziere befinden, gehörten 2 französischen Divisionen an. (W. T. B.)

Berlin, 8. August. (Offiziös.) Die gestern gemeldete Loslösung unserer Truppen vom Feinde bereitete diesem eine volle Ueberraschung. Unsere Bewegungen verliefen völlig ungestört vom Feinde, der mit größter Vorsicht und teilweise unter Entwicklung stärkerer Kräfte zu folgen wagte, wobei seine nachrückenden Kräfte in unserem wirksamen Maschinengewehr- und Abwehrfeuer beträchtliche Verluste erlitten. (W. T. B.)

Französischer Heeresbericht vom 8. August abends. Tagsüber warfen unsere Truppen die feindlichen Nachhuten zurück und setzten ihren Siegesmarsch auf einer Front von etwa 50 Kilometer Breite in der Richtung auf die Vesle fort. Auf unserem linken Flügel haben wir die Aisne und Vesle erreicht von Soissons bis Fismes, dessen Ränder die Amerikaner besetzt halten. Oestlich von Fismes haben wir die Linie nördlich von Courville—Broncourt—Courcelles—Champigny erreicht. Unsere Kavallerieerkundungsabteilungen gehen längs der Eisenbahn Soissons—Reims vor. An verschiedenen Punkten übersteigt unser Fortschritt seit gestern 10 Kilometer. Mehr als 50 Dörfer sind an einem einzigen Tage befreit worden.

Die Kriegslage.

Berlin, 8. August. In den Basler Nachrichten vom 2. August schreibt Oberst Egli über die augenblickliche Kriegslage: „In Frankreich scheint man keine besonders großen Hoffnungen mehr auf die englische Hilfe zu setzen, von der 1914 und 1915 alles erwartet wurde. Nachdem auch Italien und Rumänien versagt haben, ist seit letztem Jahr das amerikanische Millionenheer die einzige Hoffnung auf den Sieg. Vorläufig ruft aber Frankreich doch immer noch die Hauptlast des Kampfes tragen. Trotzdem Clemenceau zugestehen mußte, daß die französischen Reserven aufgebraucht seien, sind heute 75 Prozent der bei Soissons und Reims im Kampfe stehenden Truppen Franzosen, und diese haben in den Schlachten seit dem 21. März starke Verluste gehabt. Auch die letzten Angriffe waren sicher sehr blutig, denn es lassen sich aus den amtlichen Berichten eine ganze Reihe gescheiterter Vorstöße feststellen. Vom 17. bis 19. Juli sind die Franzosen vergeblich gegen die Deutschen südlich der Marne angelaufen. Die Angriffe der Armee Berthelot zwischen der Marne und Reims sind im wesentlichen abgewiesen worden. Zwischen Soissons und dem Ourcq sind, nachdem die Deutschen sich schon am dritten Tage der französischen Gegenoffensive der neuen Kampfweise der Franzosen angepaßt hatten, alle Versuche, weiter nach Osten vorwärts zu kommen, ohne nennenswerte Ergebnisse geblieben, was ebenfalls eine ganze Anzahl abgeschlagener Angriffe bedeutet. Südlich des Ourcq nahmen die Kämpfe der Deutschen sehr bald den Charakter von Nachhutkämpfen angeschlagen zurückgehender Truppen an, die für den Angreifenden sehr oft mit starken Verlusten verbunden sind. Am 30. Juli stellte Herbé in der Victoire die Frage: „Welchem Grunde muß die Vorsicht zugeschrieben werden, mit der unsere Verfolgung durchgeführt wird.“ Die Antwort ist einfach; es ist gar keine Verfolgung; denn die Deutschen sind nicht geschlagen, sie haben den Rückzug nicht angetreten, gedrängt von ihren Gegnern, sondern erst, nachdem sie am 25. alle Angriffe abgewehrt hatten, so daß diese am 26. nicht erneuert wurden, und als die Deutschen in ihren jetzigen Stellungen nahe der Marne wieder Front machten, rannten die Franzosen und Amerikaner wiederum geschlagen und mit großen Verlusten an. Dieses Verhalten entspricht ganz der sparsamen Kampfweise der deutschen Obersten Heeresleitung, die so viel Raum hinter sich hat, daß sie sich in ihren Entschlüssen nicht durch Rücksichten auf Geländebesitz beeinflussen lassen muß. Es wäre fehlerhaft, diese Freiheit nicht auszunützen, um Mannschaften zu sparen. Foch wird dagegen wohl oder übel seine Offensive fortsetzen müssen, denn er muß Frankreich von der Besetzung durch den Feind befreien.“

Ein Bekenntnis zur Internationale.

Die Entschließung des Nationalrats der französischen Sozialisten.

Die vom Nationalrat der französischen Sozialisten mit großer Mehrheit angenommene Resolution Longuet hat folgenden Wortlaut:

„An der Schwelle des fünften Kriegsjahres erinnert der Nationalrat daran, daß die sozialistische Partei in jeder ihrer Erklärungen seit August 1914 sich dazu entschlossen erklärt hat, die nationale Verteidigung vollständig zu sichern. Trotz aller imperialistischen Gemeinplätze, Schwäche-Anwandlungen und Irrtümer der Regierung erneuert er die Bekräftigung seines einmütigen Wunsches, die klaren Entscheidungen nicht aufzugeben, die er zu diesem Gegenstand in allen seinen Sitzungen gefaßt hat.

Er ist aber verpflichtet, in dieser Stunde auszusprechen, daß die politischen, diplomatischen und militärischen Fehler, die von den Regierungen gehäuft wurden, für Vaterland und Menschheit verderblich gewesen sind.

Die Regierung, die sich geweigert hat, freie Ausreise nach Stockholm zu gestatten, ist dieselbe, die zu Beginn 1917 Friedensvorschläge, die einer ernsten Prüfung wert waren, zurückgewiesen hat. Und diejenige, die jetzt die Macht hat und dem Befehl der schlimmsten Reaktionäre folgt, hat ihren inneren Unternehmungen gegen jede Freiheit, ihrer Kapitulation vor den Gönnern des Staatsstreichs, ihren Gewaltstreichen gegen die Arbeiterklasse nichts als eine schwere militärische Niederlage hinzuzufügen vermocht. Nur um den Preis der furchtbarsten Opfer und dank der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Soldaten findet sie eine bloßstellende Lage wieder hergestellt. Der Nationalrat fordert von der französischen Regierung die Revision der Kriegsziele, den Verzicht auf imperialistische Absichten, eine klare und genau umschriebene Darstellung unserer Kriegsziele auf den Grundlagen, die von der russischen Revolution und vom Präsidenten Wilson umschrieben sind, deren allgemeine Ideen über Krieg und Frieden ratifiziert sind von der Londoner Konferenz vom 20. Febr. 1918, an der die berufenen Vertreter aller sozialistischen und Arbeiterorganisationen der Entente teilnahmen. Besonders fordert der Nationalrat, daß von jetzt ab die Voraussetzungen eines Völkerbundes vorbereitet werden, nach den Richtlinien und nach dem Geist, die in den Erklärungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten zum Ausdruck gekommen sind.

Er erinnert die Arbeiter daran, daß der endgültige Friede nur durch die Herrschaft des Sozialismus gesichert werden kann, da die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Wesen eine Herrschaft der Unordnung, der Willkür und der Gewalt ist.

Die sozialistische Partei erneuert ihr vollständiges und vorbehaltloses Bekenntnis zu dem Gedanken des Zusammentritts eines internationalen Kongresses.

Sie erklärt sich bereit, der Einladung des Genossen Huysmans, Branting und Troelstra zu folgen, die von der interalliierten Konferenz in London beauftragt sind, diese Versammlung zu organisieren. Der Nationalrat bekräftigt seinen Willen, für die Arbeiter- und sozialistischen Organisationen die volle Freiheit der nationalen und internationalen Aktion durchzusetzen. Nachdem die Ausstellung der Pässe durch die Handlungsweise der Regierenden eine allgemeine Frage der Interalliierten geworden ist, beschließt der Nationalrat im Einvernehmen mit den Arbeiter- und sozialistischen Organisationen der Entente-Länder, alle Mittel anzuwenden, um die Ausstellung der Pässe zu erreichen.

Für seinen Teil beauftragt er seine Abgeordneten, eine kräftige parlamentarische Aktion zu führen und selbst bis zur Verweigerung der Kriegskredite zu gehen. Er leitet seine ganze Unterstützung der Confederation Generale du Travail in der Anwendung ihrer Entschließung, die sie auf ihrem letzten Kongreß am 18. Juni 1918 gefaßt hat.

Der Nationalrat erklärt, daß der Sozialismus unter keinen Umständen die Pläne der russischen Konterrevolution begünstigen kann. Er erklärt, daß bei dem Zustand der äußersten Verwirrung, in dem sich jenes Land jetzt befindet, die allergrößte Umsicht notwendig ist. Er protestiert gegen jede Intervention der Alliierten, die gegen die russischen Sozialisten Partei nehmen und das Recht des russischen Volkes, sich nach eigenem Gutachten zu regieren, beeinträchtigen könnte.

Für jeden Fall macht er jede Intervention von der einstimmigen Zustimmung des russischen Sozialismus abhängig, ohne die diese Intervention den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen würde.

Der Nationalrat verzeichnet mit dem allergrößten Bedauern die jüngste Kundgebung jener Fraktionsmitglieder, die entgegen den klarsten Entscheidungen aller nationalen Sektionen des interalliierten Sozialismus, gegenüber der amerikanischen Föderation der Arbeit eine oppositionelle Haltung zu jenen Entscheidungen eingenommen haben.

Jeder Mitkämpfer jeder Richtung hat das Recht, seine Auffassungen im Innern der Partei geltend zu machen, aber es ist nicht erträglich, daß Abgeordnete oder andere Genossen eine Politik treiben, die systematisch Geist und Buchstaben der nationalen und internationalen Kongresse verletzt und entwertet.

Der Nationalrat verurteilt eine solche Haltung und erinnert alle Genossen und Organisationen an die jetzt mehr denn je gebieterische Notwendigkeit der Disziplin und der Einigkeit in der Aktion der sozialistischen Partei.“

*

Die Opposition gegen Clemenceau. In der Humanite schreibt Renaudel unter Bezugnahme auf die geringe Mehrheit, die Clemenceau in der Kammer fand, daß diese Opposition sich noch verstärken würde, wenn das Gesetz über die Einberufung der Klasse 1920 vor die Kammer käme, und bis dahin die alten Jahrgänge nicht entlassen seien. Die Kammer würde dann die Bemerkung des Oberkommandos prüfen, wonach das Jahr 1919 entscheidend werden würde. Sie wolle dann wissen, durch welche Mittel das Jahr 1919 entscheidend werden soll, ob durch militärische, diplomatische oder industrielle und ökonomische Mittel.

Das Exekutivkomitee der sozialistischen Partei hat die Einberufung des sozialistischen Landeskongresses auf den ersten Sonntag im Oktober beschlossen.

Eine neue Ostfront?

Von A. Stein.

Es gehört in Rußland zu den am meisten verbreiteten Vorwürfen gegen die bolschewistische Regierung, daß sie sich in völlige Abhängigkeit von der deutschen Politik begeben habe und, ob sie wolle oder nicht, mehr und mehr genötigt sei, allen politischen und wirtschaftlichen Forderungen des übermächtigen Partners von Brest-Litowsk zu willfahren. Auch auf dem soeben abgeschlossenen Moskauer Sowjetkongreß haben diese Vorwürfe eine bedeutende Rolle gespielt und als Hauptargument der in der Opposition befindlichen linken Sozialrevolutionäre gegen die Politik der bolschewistischen Partei gedient. Von den Wortführern des Bolschewismus, Lenin, Trotzki, Sinowjew usw., wird immer wieder hervorgehoben, daß die Sowjetregierung gezwungen sei zu laviieren, nachzugeben, sich zurückzuziehen, um während der „Atempause“ Kräfte zu sammeln und den Aufbau des sozialistischen Staates und der sozialistischen Wirtschaft durchzuführen. So steht Behauptung gegen Behauptung, Theorie gegen Theorie, die Praxis aber kümmert sich blutwenig um Anklage oder Verteidigungsreden, um Reformentwürfe und Dekrete, um theoretische Postulate und diktatorische Maßnahmen, sondern zieht Rußland immer tiefer in neue Wirren und kriegerische Auseinandersetzungen hinein.

Es ist, in Verbindung mit den Ereignissen in Sibirien und Nordrußland, bereits darauf hingewiesen worden, das Bestreben der Entente ginge darauf aus, sich die Verbindung zwischen der Murmanküste und Ostsibirien zu sichern, um den Verkehr zwischen dem Atlantischen und Stillen Ozean, der wirtschaftlich und politisch von ungeheurer Bedeutung ist, vor allen Unterbrechungen zu sichern. O daraus gefolgert werden kann, daß die Entente eine neue Ostfront in Rußland herstellen wolle, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist aber jedenfalls, daß das frühere souveräne Rußland bereits jetzt in Stücke geschnitten ist, die als Einflußsphären der miteinander ringenden imperialistischen Staatengruppen erscheinen. Die Linie, die diese Einflußsphären voneinander scheidet, läuft vom Weißen Meer in südöstlicher Richtung über die Wolga bis zum Ural, und nur mit Mühe erwehrt sich noch das bolschewistische Zentrum in Großrußland der Umklammerung, die von allen Seiten immer enger wird und es von allen seinen Versorgungsquellen, von allen Wurzeln seiner Existenz abzuschneiden droht. Aber nicht nur in territorialer Hinsicht, auch in sozialer Beziehung ist Rußland in zwei große Teile, in zwei Einflußsphären zerschnitten. Nicht etwa in der Weise, als ob im bolschewistischen Zentrum alles im Zeichen der „Revolution“ und in den übrigen Reichsteilen alles im Zeichen der „Gegenrevolution“ stünde. So einfach liegen die Dinge nicht. Weder ist das bolschewistische Zentrum frei von inneren Hemmungen und gegnerischen Kräften, die der objektiven Unreife der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse entspringen; noch ist anderseits das übrige Rußland restlos in das Lager der bürgerlichen oder feudalen Reaktion übergegangen, ohne von der gewaltig vorwärtstreibenden Kraft der revolutionären Umwälzung berührt worden zu sein. Der Unterschied zwischen den beiden genannten Hälften Rußlands ließe sich vielleicht dahin präzisieren, daß im bolschewistischen Zentrum die Formel „Diktatur des Proletariats“ angewandt wird, um einem größtenteils bäuerlichen Agrarlande mit einer verhältnismäßig kleinen Industrie die sozialistische Produktionsweise aufzupfropfen, während in den übrigen Teilen des ehemals russischen Reiches entweder die Großbourgeoisie unter fremden Schutz das Rad der Geschichte zurückzudrehen sucht, oder das Kleinbürgertum und die Bauernschaft danach streben, die Diktatur des Proletariats von sich abzuwälzen, um ihren neugewonnenen sozialen und politischen Besitzstand durch eine entsprechende demokratische Gesellschaftsverfassung sicherzustellen.

Die geschilderten sozialen Scheidelinien verflechten sich nun recht eigenartig mit jener Linie, die Rußland scheinbar in zwei große Einflußsphären der imperialistischen Mächtegruppen teilt. Es ist wichtig, festzustellen, daß zwischen dem sozialen und dem außenpolitischen Moment kein wesentlicher innerer Zusammenhang besteht. Daß dies bei dem bolschewistischen Zentrum nicht der Fall ist, ist ohne weiteres klar, denn zwischen der Ideologie des Kommunismus und dem des mitteleuropäischen Imperialismus gibt es keinen inneren Zusammenhang. Aber auch die sozialen Bestrebungen der vorherrschenden Schichten in jenen Teilen Rußlands, die jetzt dem Einfluß der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0001

Entente offenstehen, können nicht ohne Gegenrevolution gleichgesetzt werden. Sehr interessant äußert sich über diese Frage Genosse W. Basaroff in Gorkis Organ Swobodnaja Shisn. Er weist zunächst auf die charakteristische Tatsache hin, daß die entschiedensten Anhänger der englisch-amerikanischen Orientierung nicht in den Reihen der eigentlichen Bourgeoisie zu finden sind, sondern in jenen Gruppen der Narodniki (Agrarsozialisten), die sich auf die Intellektuellen, das städtische Kleinbürgertum und das mittlere Bauerntum stützen, d. h. auf alle jene demokratischen Elemente, die unter dem Bürgerkrieg und dem bolschewistischen Regiment besonders schwer leiden, die aber zugleich absolut kein Interesse an der Wiederherstellung der vorrevolutionären Ordnung haben. Worauf ist nun fragt Basaroff — die Hoffnung jener Parteien begründet, die ein einiges, demokratisch organisiertes Rußland mit Hilfe der Waffen der Verbündeten herstellen wollen? Einerseits spielt hier jene Auffassung noch eine gewisse Rolle, wonach die englisch-französische Koalition für die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gegen Gewaltpolitik und Imperialismus kämpfe. „Aber neben dieser naiven und bereits sichtbar absterbenden Ideologie sind noch durchaus realistische Erwägungen vorhanden, falls die Neutralität nicht mehr aufrechterhalten werden kann und ein bestimmter Kurs gewählt werden muß, der Orientierung zur Entente hin den Vorzug zu geben vor der deutschen Orientierung."

Basaroff legt nun die Argumente dar, die für diesen Standpunkt geltend gemacht werden. Einerseits, wird ausgeführt, können England und noch weniger die Vereinigten Staaten zu irgendwelchen Angliederungen russischer Gebietsteile keinesfalls schreiten, da ihre geographische Lage das nie gestatten würde. Vielmehr sei Amerika noch sehr wesentlich daran interessiert, daß auch Japan seine annektionistischen Appetite zügele. Als zweites Argument komme das wirtschaftliche Interesse der Entente in Betracht. Das wirtschaftlich geeinte Rußland biete für das englisch-amerikanische Kapital ein viel günstigeres Feld als das in Stücke zerrissene, wirtschaftlich degradierte Rußland. Während Deutschland, nach dieser Auffassung, genötigt sein würde, um wieder zu Kräften zu kommen, Rußland in weitestgehender, primitivster Weise auszubeuten, und dazu auch in der Lage sein würde, könne man von der Entente eine Politik erwarten, die auf die Entwicklung der Produktivkraft Rußlands gerichtet wäre. Schon jetzt würden die Engländer und Amerikaner in der Lage sein, das vollkommen zerrüttete Transportwesen in die Höhe zu bringen, die Lebensmittelversorgung zu verbessern, die wirtschaftliche Krise zu mildern, und bei allen diesen Maßnahmen würde das englisch-amerikanische Kapital, nicht aus moralischen Erwägungen, sondern im eigenen Interesse und weil es sich in einer günstigeren Lage als das deutsche Kapital befinde, imstande sein, die Ausbeutung Rußlands in milderen, rationelleren Formen zu betreiben, als dies bei den Deutschen der Fall wäre.

Dies sind, nach Basaroffs Angaben die wichtigsten Argumente, die in den demokratischen Kreisen Rußlands für die englisch-französische Orientierung ins Feld geführt werden. Es wirkt hier also alles zusammen: Die Abneigung gegen die bolschewistische Diktatur, die Sehnsucht nach einer helfenden Hand, die den Zerfall und den wirtschaftlichen Ruin des Landes aufhalten könnte, endlich die Angst vor dem deutschen Kapital und der Verwandlung Rußlands in eine „deutsche Kolonie". Aber mit Recht weist Genosse Basaroff darauf hin, daß die Hoffnung naiv wäre, die Regeneration Rußlands bloß mit Hilfe fremder Kräfte herbeizuführen. Kommt es dahin, so wird das Reich nicht nur in scheinbare, sondern in wirkliche Einflußsphären der kämpfenden imperialistischen Mächtegruppen sich verwandeln, und auf dem Rücken des gemarteten russischen Volkes wird jene neue Ostfront errichtet werden, die heute schon hier und da in Erwägung gezogen wird.

Die Kämpfe in Rußland.

Ein Aufruf an Arbeiter und Armee.

Moskau, 2. August. (W. T. B.) Die Blätter veröffentlichen folgenden Aufruf: Arbeiter und Armee! Sucht euch schnell Brot aus den ackerbautreibenden Gouvernements. Duldet nicht, daß Gutsbesitzer und Kapitalisten mit ihren Helfershelfern, den Sozialverrätern und räuberischen Imperialisten, die Revolution des Proletariats durch Hunger erdrücken."

In Moskau finden Haussuchungen nach Lebensmitteln und Waren statt. Iswestija schreibt im Leitartikel: „Der tschechoslowakische Aufstand droht ein derartiger Ansteckungsherd im Körper des revolutionären Rußlands zu werden, daß die Krankheit des ganzen Organismus zu erfassen im Begriff steht. Man hört jetzt das beunruhigende Bekenntnis: „Wir haben die Gefahr verschlafen, wir haben Kleinmut und Unentschlossenheit gezeigt. Unter den Arbeitermassen macht sich Mäßigkeit und Apathie bemerkbar. Stellenweise finden wir Fälle direkten Verrats an der Sache der Arbeiter und Bauern und noch häufiger teilnahmsloses Verhalten der schweren Lage der Republik gegenüber. Mehr als je muß das Proletariat jetzt Wunder der Initiative und Selbstopferung zeigen, sonst wird das russische Proletariat auf den Trümmern des revolutionären Rußlands seiner geschwundenen Größe gedenken und sich vergeblich verspätete Reue hingeben. Der erbarmungslose Feind zückt gegen euch das Messer. Zerbrecht diese Waffe in seinen Händen. . . . Zu den Waffen, Arbeiter und Bauern!

Anordnung der allgemeinen Wehrpflicht.

Moskau, 1. August. (W. T. B.) Die hiesige Presse meldet: Durch Dekret der Volkskommissare wird in Rußland die allgemeine Wehrpflicht angeordnet, der alle Männer von 18 bis 40 Jahren unterliegen. In Wjätschka wurde die gesamte männliche Bevölkerung von 18—50 Jahren mobilisiert.

Die Engländer beschießen Archangelsk. Moskau, 2. Aug. (W. T. B.) Pravda meldet, daß die Engländer von Kreuzern aus Archangelsk beschießen. Das Blatt bringt an der Spitze folgenden Aufruf: „Kanonen des englischen Kapitals beschießen das Archangelsk der Sowjets. Sie werden auch die Arbeiterviertel von Moskau zusammenschießen, wenn wir nicht die tschecho-slowakischen Abteilungen des englischen Stabes vernichten." — Englische Flugzeuge kundschaften häufig die Umgebung der Murmanbahn aus. Die Rote Armee-Abteilungen beschießen die Flugzeuge, welche mit Maschinengewehren antworten. Die Verpflegungsschwierigkeiten im Murman wachsen.

Der Verrat Muravjews. Moskau, 29. Juli. (Verspätet.) (W. T. A.) Auf Verordnung des Befehlshabers aller Sowjettruppen, die gegen die Tschecho-Slowaken operierten, des Obersten Vazeitis, zogen sich die Sowjettruppen von Jekaterinburg zurück, da die Verteidigung dieser Stadt unzweckmäßig geworden war infolge der durch den Verrat des linken Sowjetrevolutionärs Murawjews hervorgerufenen Folgen. Der frühere Befehlshaber der Sowjettruppen, Muravjew, sandte am 6. Juli, nachdem er die Nachricht über den Aufstand der linken Sozialrevolutionäre in Moskau erhalten hatte, an alle Armeen den Befehl, daß die Deutschen Orschaue eingenommen hätten und nach Moskau vorgingen, und traf die Anordnung, daß alle Armeen ihre Positionen gegen die Tschecho-Slowaken verlassen und eilig nach Moskau gehen sollten. Bis aus Moskau von der Sowjetregierung der Widerruf und der Befehl kam, Muravjew zu erschießen, waren die Sowjettruppen, die an die Verfügung Muravjews glaubten, von der Wolgalinie zurückgegangen, indem sie die Städte Syskran, Wolsk und andere Punkte räumten. Die Tschechen setzten sofort über die Wolga und nahmen die geräumten Städte, wie auch verschiedene Ortschaften, welche Zentral-Rußland mit Jekaterinburg verbinden, ein. Aus Jekaterinburg waren die Sowjettruppen, dem erwähnten Befehl Muravjews folgend, ebenfalls ausgezogen und nach Moskau vorgerückt. Dem neuen Oberbefehlshaber der Sowjettruppen Wazeitis gelang es in den letzten zwei Wochen, die Tschecho-Slowaken wieder zur Wolga zurückzudrängen, von neuem Wolsk und einige andere Städte einzunehmen und den Angriff im Wolgaraion nach einem neuen Plan zu beginnen, nachdem er aus strategischen Berechnungen die Front am Ural ausgeglichen hatte, zu welchem Zwecke er zeitweilig Jekaterinburg aufgeben mußte.

Proletrische Offiziere. Moskau, 1. August. (W. T. A.) Zur Bildung des Offizierkorps aus Arbeitern selbst besteht seit Ende April eine Reihe von Militärschulen mit viermonatigem Kursus. Dank dieser Maßnahme wird im August eine große Anzahl von Arbeitern in der Sowjetarmee Offiziersstellen einnehmen und dadurch den Mangel an proletarischen Offizieren beseitigen. Bisher wurde der Offiziersbestand der Sowjetarmee durch frühere Offiziere der zaristischen Armee ergänzt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß bei Aufständen der Weißen Garde und überhaupt bei Zusammenstößen mit den Feinden der Sowjetrepublik sehr viele Offiziere sofort auf die Seite der Feinde übergingen, wie in Jaroslaw, im Murman, Murow und in anderen Orten, oder daß sie die Operationen auftäuschten. In der Akademie des Generalstabs werden seit Ende Mai ebenfalls nur solche Personen aufgenommen, deren Ergebenheit gegenüber den Sowjets erprobt ist. Die in der Akademie des Generalstabs mit Anstrengung aller Kräfte durchgeführte Arbeit ist auf einen achtmonatigen Kursus berechnet.

Weitere Kriegsnachrichten.

Urmia von den Türken besetzt.

Der Besetzung von Täbris und Dilman, deren Bedeutung für das türkische Armenien auch die russisch-türkischen Kämpfe erwiesen haben, folgt nun die Besetzung eines weiteren wichtigen Platzes dieses Gebietes. Der türkische Heeresbericht vom 2. August meldet:

In Nordwestpersien befreiten unsere Truppen die Gegend von Urmia von armenisch-nestorianischen, in enger Verbindung mit den Engländern stehenden Banden. Sicherungsabteilungen von uns haben die Stadt Urmia besetzt. — Urmia liegt westlich des gleichnamigen großen Sees, wurde gleich zu Beginn des Krieges mit Rußland von den Türken besetzt, mußte dann aber wieder aufgegeben werden. — Die Nestorianer sind Gebirgsstämme, die ihre jetzigen Wohnstätten seit undenklichen Zeiten halten. Als die Russen von Urmia aus nach dem Wansee vordrangen, hat der uralte Türkenhaß der Nestorianer ihnen die wichtige Hilfe vorzüglichster Schleichwegkenner verschafft.

Der österreichische Heeresbericht. Wien, 4. August. Amtlich. Italienischer Kriegsschauplatz. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden wurden wiederholte englisch-französische Erkundungsvorstöße abgewiesen. — Auf dem Dosso Alto gelang es dem Feinde nach starker Artillerievorbereitung in Teile unserer Stellungen einzudringen.

Albanien. In der Linie Fieri-Berat bezog der Feind erneut Stellungen. Im oberen Devoli-Tal wurde der Feind unter Kämpfen weiter zurückgedrückt. Der Chef des Generalstabes.

Der Luftangriff auf Saarbrücken.

Berlin, 3. August. (W. T. B.) Unbelehrt durch ihren letzten schweren Mißerfolg von Koblenz am 10. Juli haben unsere Gegner am 31. Juli wiederum mit starken Kräften einen Luftangriff auf das deutsche Heimatgebiet versucht. Diesmal wählten sie Saarbrücken zum Ziel, um in der friedlichen Stadt Frauen und Kinder durch ihre Bomben zu töten, wie es der haßerfüllte Sinn ihrer Völker und die zügellose Hetze ihrer Presse täglich von ihnen fordert. Mehrere Geschwader stießen saarabwärts gegen Saarbrücken vor. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Frühzeitig von dem Späherauge des deutschen Flugmeldedienstes erfaßt, wurden sie von einer kampfbereiten Staffel des deutschen Heimatluftschutzes empfangen, die sie in rücksichtslosem Angriffsgeist sofort in einen schweren Kampf verwickelte. Kaum war dieser entbrannt, als den bisher an Zahl unterlegenen deutschen Luftkämpfern von allen Seiten weitere Staffeln zu Hilfe eilten. Nun entwickelte sich eine Luftschlacht, wie sie an Umfang und Heftigkeit über deutschem Boden noch nicht stattgefunden hat. Bald wandte sich der Gegner zur Flucht und suchte in der Schnelligkeit seiner Flugzeuge die Rettung. Aber vergebens. Das Geschwader, das die Deutschen zunächst angegriffen hatte, wurde trotz zäher Gegenwehr restlos vernichtet. Bei Saargemünd stürzten die ersten, bei Saarallben weitere feindliche Flugzeuge zu Boden. Um den dritten Teil ihres Bestandes geschwächt, erreichten die Trümmer des englischen Geschwaders, immer noch von dem Feuer der deutschen Flugzeuge verfolgt, die rettende Front. Sieben Flugzeuge hatte das feindliche Geschwader bei uns zurücklassen müssen.

Vom U-Bootkriege.

Berlin, 3. August. Amtlich. Im Sperrgebiet westlich England fielen weitere 13 000 Tonnen der Tätigkeit unserer U-Boote zum Opfer. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berlin, den 4. August 1918. Amtlich. In den Gewässern um England vernichteten unsere U-Boote 16 000 Tonnen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

•

Nach Mitteilungen, die der Ministerpräsident von Neuseeland Ende April 1918 der Handelskammer in Wellington laut Lloyds List. 24. 6., gemacht hat, warten in Neuseeland auf Verschiffung nicht weniger als 3,27 Mill. gefrorene Tierkörper von je 27,24 Kilogramm Gewicht, 600 630 Ballen Wolle, 172 318 Kisten Butter zu 2542 Kilogramm die Kiste, 305 768 Kisten Käse zu 68 Kilogramm die Kiste, 57 518 Fässer Talg, 42 058 Ballen neuseeländischer Hanf und 18 822 Ballen Werg. Ende Juli wird der Vorrat an Gefrierfleisch voraussichtlich 4 Millionen Tierkörper betragen. — Der Wert der Erzeugnisse, welche auf Verschiffung warten und zum großen Teil auf Rechnung der Reichsregierung verwahrt werden, übersteigt 489,6 Millionen Mark und kommt den Wert einer normalen Jahresausfuhr gleich.

Russisch-finnische Friedensverhandlungen.

Auf Einladung der deutschen Regierung sind in Berlin Delegationen der Regierungen Rußlands und Finnlands zur Beratung und zum Abschlusse eines Friedensvertrages eingetroffen. Die erste Sitzung fand Sonnabend vormittag im Bundesratssaale des Reichsamts des Innern statt und wurde namens der deutschen Regierung vom Unterstaatssekretär Freiherrn von Stumm mit einer Ansprache eröffnet, in der er u. a. sagte: „Die russische Räterepublik hat die Selbständigkeitserklärung Finnlands mit der Anerkennung der Unabhängigkeit des finnischen Staatswesens beantwortet. Damit war die Trennung Finnlands von Rußland de facto vollzogen. Die faktische Trennung aber bedurfte noch der Ergänzung, der Ausgestaltung in formeller Beziehung. In erster Linie handelt es sich dabei um die Regelung der territorialen Fragen, d. h. die Feststellung der Grenzen der fortan getrennten Länder; des weiteren um die Regelung einer Anzahl wichtiger ökonomischer Fragen. Die inzwischen eingetretenen militärischen Ereignisse in Finnland haben ihre Regierungen bis jetzt verhindert, an diese Aufgabe heranzutreten. Die Vermittlung der deutschen Regierung hat nunmehr Vertreter der russischen Räterepublik und Finnlands in Berlin zusammengeführt. Möge es ihnen gelingen, zu Vereinbarungen zu gelangen, die ein freundnachbarliches Zusammenleben ihrer Länder in der Zukunft verbürgen . . .

Der Vorsitzende der russischen Delegation Woroinsky erklärte: Die Ketten, die Finnland an Rußland banden, sind durch die russische Revolution gebrochen worden. Finnland ist frei. Wir sind tief überzeugt, daß die gemeinsamen Interessen Finnlands und Rußlands wie auch Deutschlands, inwiefern es dort spezielle Interessen hat, zu einer Verständigung drängen und eine solche herbeiführen werden, und wir werden den Vertretern der deutschen Regierung nur dankbar sein, wenn sie zur Ueberwindung etwaiger Schwierigkeiten uns behilflich sein werden.

Sodann wurde in die weiteren Beratungen eingetreten.

Um die Achtzehnjährigen in Frankreich.

Paris, 3. August. In parlamentarischen Kreisen wird offen zugegeben, daß die Kammer den Regierungsentwurf betr. Einberufung der Jahresklasse 1920, also der Achtzehnjährigen, nicht angenommen haben würde, wenn die Regierung die erforderliche Bevollmächtigung der Gesetzvorlage nicht durch Stellung der Vertrauensfrage erzwungen hätte.

Der Schweiz. Preßtelegraph meldet aus Genf: Die Schwierigkeiten, die der französischen Regierung bei der Durchführung des Planes der Einberufung der Jahresklasse 1920 aus der sehr ablehnenden Haltung des Volkes erwachsen, werden stündlich bedenklicher. Selbst die Blätter der Rechten betonen, die Verwendung der Jahresklasse 1920 werde nur im Einverständnis mit dem Hauptquartier erfolgen dürfen. Dieses sei durch eine Erklärung des Generalissimus Foch festgelegt. Foch habe erklärt, es sei selbstverständlich, daß die Jahresklasse 1920 nur dann einberufen werde, wenn die Notwendigkeit es erfordere. Selbst in diesem Falle würde sie während der schlechten Jahreszeit in den Uebungslagern gehalten werden. Die jungen Soldaten würden, wenn ihre Ausbildung beendet sei, nur im Falle unabweisbarer Notwendigkeit an die Front geschickt werden.

Vor dem Urteilsspruch im Malvy-Prozeß.

Paris, 3. August. (Havas.) Im Malvy-Prozeß hielt der Generalstaatsanwalt Merillon die Anklagerede und erklärte, daß Malvy kein Verräter sei, wie Daudet behauptet habe. Er habe in der Tat sein Land nicht absichtlich verraten. Er wolle ihn nicht mit Bolo oder Duval vergleichen und lasse also die Anklage wegen Verrats beiseite. Aber für ihn habe Malvy einen Teil der Verantwortlichkeit an den militärischen Meutereien gehabt und müsse als Mitschuldiger bestraft werden. Der Staatsanwalt bemühte sich, diese Mitschuld festzustellen, indem er nachwies, daß die wahre Ursache der Meutereien die Propaganda der Pazifisten gewesen sei.

Zürich, 3. August. (W. T. B.) Der Schweiz. Preßtelegraph meldet: Der allgemeine Eindruck, den der Verlauf der Verhandlung im Prozeß Malvy ergeben hat, geht darauffin, daß Malvy von der Anklage freigesprochen werden müsse, wenn kein politischer Druck auf den Senat ausgeübt werde. Gustav Herve fordert den Generalstaatsanwalt öffentlich auf, die Anklage noch in zwölfter Stunde zurückzuziehen, da sie vorläufig zusammengebrochen sei.

Beschlagnahme von deutschem Eigentum in Amerika. Neuyork, 2. August. Der Bewahrer feindlichen Eigentums Palmer erklärte, daß im Juli für mehr als eine halbe Million Eigentum beschlagnahmt worden ist. Von dem durch die Beschlagnahme erzielten Gelde sind bereits 42 970 000 Dollars in Kriegsanleihe angelegt. 2 808 000 Dollars liegen bereits für die nächste Anleihe bereit.

Neuyork, 2. August. Dr. Eduard Rumely und der frühere deutsche Konsul Walter Kauffmann sind wegen Meineides im Zusammenhang mit dem Ankaufe der Neuyorker Evening Mail für Deutschland unter Anklage gestellt worden.

Zuchthausurteile in Italien. Rom, 3. August. (Stefani.) Im Prozeß wegen der Augustereignisse in Turin verlas der Präsident des Militärgerichts den Urteilsspruch, der in Erwägung dessen, daß die den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen einen indirekten Verrat bildeten, folgende Strafen verhängt: Barberis 6 Jahre 1 Monat Zuchthaus, Ravezzana 4 Jahre Gefängnis, Serraki 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, Pianezza, Gindice, d'Alberto je 3 Jahre 1 Monat Gefängnis. Alle anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

•

Zum Attentat gegen General Eichhorn.

Kiew, 1. August. (W. T. B.) Der Mörder des Generalfeldmarschalls von Eichhorn gibt als seinen Namen Boris Donskoi an, was der Name eines ziemlich bekannten Arztes und Anhängers des rechten Flügels der russischen sozialrevolutionären Partei sein soll. Donskoi, der Matrose gewesen zu sein behauptet, sagt, er habe den Auftrag zum Attentat anfangs Juli vom Zentralkomitee der linken sozialrevolutionären Partei erhalten, das gegen den Generalfeldmarschall das Todesurteil gefällt habe. In Kiew sei er am 29. Juli angekommen, habe hier mit niemandem Fühlung genommen und die Wohnung des Feldmarschalls lediglich von Passanten erfragt. Die Persönlichkeit des Feldmarschalls sei ihm aus einer illustrierten Zeitung bekannt geworden.

Politische Uebersicht.

Siedlungsgesellschaft Westmark und der Reichstag.

J. K. Der Reichstag hat sich nahezu einstimmig gegen den Vertrag ausgesprochen, den die Regierung mit der Siedlungsgesellschaft Westmark über die Liquidation des französischen Grundbesitzes in Lothringen abgeschlossen hat. Da der Reichstag die Macht hat, die Auflösung des Vertrages nötigenfalls zu erzwingen, schien kein Zweifel daran möglich, daß das Reichsschatzamt den Vertrag auflösen werde. Jetzt aber ist der Mülhauser Volkszeitung folgendes Schriftstück auf den Redaktionstisch geflogen:

Straßburg, den 20. 7. 1918.

Ministerium für Elsaß-Lothringen.

Da die Frage, in welcher Weise den durch die Tagesblätter bekanntgegebenen Wünschen des Hauptausschusses des Reichstages in bezug auf die Landesgesellschaft Westmark Rechnung zu tragen sein wird, nicht in wenigen Wochen gelöst werden kann, die Durchführung des Liquidationswerkes aber unter keinen Umständen verzögert werden darf, halte ich es nach Lage der Sache für unbedingt geboten, daß die Grundstücksankäufe der Westmark mit allem Nachdruck fortgesetzt werden.

Euer Hochwohlgeboren ersuche ich hierdurch, die bisherigen Liquidatoren nötigenfalls telegraphisch anzuweisen, die Ueberführung des französischen Grundeigentums in den Besitz der Landesgesellschaft Westmark auch weiterhin aufs energischste zu betreiben, damit die Liquidationen im Falle eintretender Friedensverhandlungen möglichst zum Abschluß gebracht sind.

Abteilung des Innern.
In Vertretung: gez. v. Esser.

An den Herrn Bezirkspräsidenten in Kolmar. J. B. 14 054.

Will die Regierung den Reichstag brüskieren? Oder rechnet sie bei ihm auf eine Sinnesänderung? Zu ihren Gunsten darf man vielleicht einstweilen annehmen, daß es ihr nur mit der Liquidation des französischen Grundbesitzes eilt und daß sie die Beziehungen zur Gesellschaft Westmark trotzdem neu zu ordnen gedenkt. Aber jedenfalls wird der Reichstag aufpassen müssen, daß man ihn nicht vor vollendete Tatsachen stellt.

Das Schriftstück beseitigt übrigens die bisherige allgemeine Annahme, daß die elsaß-lothringische Landesregierung an dem Geschäft mit der Westmark nicht beteiligt sei.

Neue Konflikte im Meininger Landtage?

In der verflossenen Session hat der Meininger Landtag ein neues Kirchenbesoldungs-Gesetz angenommen, das der Kirche für alle Zeiten eine jährliche Beihilfe von 265 000 Mk. sichern soll. Trotzdem die sozialdemokratische Fraktion durch Obstruktion (dreimaliges Verlassen des Sitzungssaales) die Annahme des Gesetzes zu verhindern suchte, erklärte die bürgerliche Mehrheit das Gesetz für angenommen, obwohl nach Entfernung der Sozialdemokraten nur noch 15 Abgeordnete statt der geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebenen 16 im Sitzungs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0002

saal anwesend waren. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte schon damals, daß sie mit allen parlamentarisch zulässigen Mitteln gegen Regierung und die Landtagsmehrheit vorgehen werde, wenn man das Gesetz rechtskräftig mache. Jetzt veröffentlicht die Regierung das Gesetz im Regierungsblatt und gibt bekannt, daß es seit 15. Juli 1918 in Kraft getreten ist. Da das Gesetz eine ausgesprochene Begünstigung der Kirche bedeutet und diese dadurch dem Kontrollrecht des Landtags entzieht, ist die sozialdemokratische Fraktion nicht gewillt, die mit der Inkrafttretung verbundene gewaltsame Konstruierung der Geschäftsordnung des Landtages ruhig hinzunehmen, da damit das Recht der Landtagsminderheit, sich gegen ein ungerechtes Gesetz durch Obstruktion zu wehren, illusorisch gemacht würde. Es wird deshalb in den künftigen Verhandlungen des Meininger Landtages jedenfalls zu den schärfsten parlamentarischen Kämpfen zwischen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Landtagsmehrheit und der Regierung kommen, die unter Umständen die gesamte gesetzgeberische Tätigkeit des Landtags lahmlegen können.

Das „Stahlbad der Völker".

Manches ließ sich über die vielgebrauchte Phrase von der erzieherischen Wirkung des Krieges sagen. Einen klaren Einblick in die erzieherische Wirkung des Krieges gibt im Justizministerialblatt eine Zusammenstellung der wichtigsten Geschäfte bei den preußischen und waldeckischen Justizbehörden für die Jahre 1915 bis 1917. Diese statistische Darstellung gewährt einen interessanten Ueberblick über die Entwicklung der Rechtspflege besonders der Strafrechtspflege, während der Kriegszeit. Es ist ein wenig erfreuliches Bild. Die Beschlüsse in Fürsorgesachen sind von 9945 in 1915 auf 13 203 in 1917 angewachsen, die Strafbefehle in Forstdiebstahlssachen von 29 240 auf 45 582, die Anträge auf Erlaß von sonstigen Strafbefehlen von 137 630 auf 508 288. Hier sind die vielfachen Bestrafungen wegen Schleichhandels mit enthalten. Charakteristisch ist auch, daß die Privatklagesachen sich nur um ein geringes vermindert haben (von 71 840 auf 64 978).

Der preußische Minister des Innern weist die Verwaltungsbehörden in einem Erlaß auf die sittliche Gefährdung zahlreicher Frauen und Mädchen während der Kriegszeit hin und empfiehlt, soweit Mädchen unter 18 Jahren in Betracht kommen, die Fürsorgeerziehung. Außerdem sollen Fürsorgedamen und Fürsorgevereine in erster Linie damit beauftragt werden, diese Personen unter ihren Schutz zu nehmen. Gegen die übrigen Frauen und Mädchen soll eventuell mit einer Ueberweisung an die Landespolizeibehörde vorgegangen werden. Soweit gegen diese Personen Strafen verhängt würden, soll die Gewährung von Strafaussetzungen dazu dienen, eine Besserung herbeizuführen. Es wird dann auf das Verfahren der Stadt Bielefeld aufmerksam gemacht, die einen besonderen Ausschuß eingesetzt hat, der nach Benehmen mit der Polizeibehörde eine einsehenend wirksame Schutzaufsicht eingerichtet hat. Selbst bei Personen, die bereits vorbestraft sind, werde unter Umständen namentlich von der Unterbringung in dauernde Landarbeit, verbunden mit der Verhängung des Arbeitszwanges, eine dauernde Wirkung zu erhoffen sein. -- So wirkt das „Stahlbad"!

Kleine politische Nachrichten.

Für die Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreise Neustettin wollen die Konservativen den bisherigen Vertreter, Herrn von Bonin, wieder aufstellen. Bonin hatte sein Mandat niedergelegt, weil bei der Reichstag seinem Ersuchen, seine Immunität zum Zwecke einer strafgerichtlichen Verfolgung wegen angeblicher Vergehen gegen die Lebensmittelversorgung aufzuheben, nicht stattgegeben hatte. Der Wahlkreis ist durchweg agrarisch, die Wiederwahl v. Bonins ist sicher.

Der gesamte Staatshaushalt Bayerns 1917 schließt nach einer Meldung des B. T. mit einer Milliarde 30 Millionen Mark ab. Bayern ist damit in die Staatenreihe mit Milliarden-Budgets eingetreten.

Anklage gegen das Ministerium Hussarek? Wien, 3. Aug. Die Tschechen und die Südslawen haben sich im Prinzip geeinigt, auch gegen das neue Ministerium die parlamentarische Anklage wegen Verfassungsverletzung einzubringen. Der Antrag wurde begründet mit der Maßnahme des Ministeriums Hussarek betr. Errichtung eines deutschen Kreisgerichts in Trautenau (Böhmen) auf außerparlamentarischem Wege.

Ums tägliche Brot.

Die Schraube ohne Ende.

Die Erhöhung der Kohlenpreise, die nicht nur auf das rheinisch-westfälische Revier beschränkt bleibt, sondern für ganz Deutschland allgemein wird, gibt allen weiter verarbeitenden Industrien die erwünschte Gelegenheit, eine Erhöhung ihrer Preise durchzudrücken.

In erster Linie rüsten sich die Eisen- und Stahlindustriellen, die trotz glänzender Abschlüsse und Dividenden den kühnen Mut haben, mit ihrem baldigen Ruin infolge steigender Unkosten zu drohen. Dieser Gruppe schließen sich jetzt auch die Zementfabriken an, die in einer Eingabe an den zuständigen Reichskommissar eine Erhöhung ihrer Verkaufspreise verlangen wollen.

Allen diesen Gruppen ist es gemeinsam, daß sie nicht nur eine Erhöhung der Preise um den tatsächlichen Betrag der gestiegenen Unkosten erzielen, sondern einen zusätzlichen Profit herausschlagen wollen. Die militärischen und zivilen zuständigen Stellen haben jetzt zu beweisen, daß sie ihre Genehmigung zu Preisaufschlägen auf Grund eingehender Kalkulationen erteilen und sich nicht mehr mit dem bescheidenen Nuhen begnügen, von den übertriebenen Forderungen der Interessenten eine Kleinigkeit abzuhandeln.

Die Fleischversorgung Berlins.

Die Korrespondenz Hoffmann in München meldet amtlich: Die Presse hat die Nachricht gebracht, daß der Stadt Berlin das Recht zugestanden worden sei, auch im kommenden Versorgungszeitraum jedem Versorgungsberechtigten eine Wochenfleischmenge von 250 Gramm zu verabreichen, obwohl nach Weisung der Reichsfleischstelle die Wochenhöchstmenge an Fleisch für das Reich auf 200 Gramm festgesetzt war. Die Presse hat sich einmütig gegen diese Bevorzugung Berlins gewendet. Da Anhaltspunkte dafür bestehen, daß die Nachricht zutreffend ist, hat, wie wir erfahren, das bayerische Staatsministerium des Innern gegen diese Herausnahme der Stadt Berlin aus dem allgemeinen Versorgungsplan entschieden Einspruch erhoben und sich vorbehalten, im Bedarfsfalle auch den größeren bayerischen Städten in gleicher Weise entgegenzukommen. Im Interesse der Schonung unserer Viehbestände wäre es sicher geboten, ausnahmslos die Herabsetzung der Wochenkopfmenge an Fleisch eintreten zu lassen. (W. T. B.)

Auch das sächsische Ministerium des Innern hat dem W. T. zufolge ebenso wie die bayerische Regierung beim Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes dringende Vorstellungen gegen die bevorzugte Stellung Berlins in der Fleischversorgung erhoben.

Gewerkschaftliches.

Die rettende Stapelfaser.

Der Textilarbeiter spricht die Erwartung aus, daß bald eine bessere Beschäftigung in der Textilindustrie einsetzen wird. Die Fortschritte der letzten Wochen auf dem Gebiet der Herstellung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aus sogenannter Stapelfaser (Zellulosegarn) seien entscheidend, und die Frage der Rohstoffversorgung unserer Textilindustrie habe eine durchaus hoffnungsfreudige Wendung genommen. Reichstagsabgeordneter Krätzig und andere Vertreter des Textilarbeiter-Verbandes hätten Kleiderstoffe für Herren und Damen aus Stapelfasergarn geprüft, die von Wollstoffen nicht zu unterscheiden waren. Alles komme nur darauf an, daß die Erzeugung und Verarbeitung der aus Zellulose gewonnenen Stapelfaser in großem Umfange aufgenommen werde. Die Patentinhaber, die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken in Elberfeld, hinter denen die Deutsche Bank stehe, führten einen Patentverletzungsprozeß gegen die Kunstseidenfabrik Kuttner in Pirna und suchten sich um jeden Preis ein Monopol zu sichern. Für die arbeitslosen und hungernden Textilarbeiter und für die Bevölkerung, der Leibwäsche, Strümpfe und Kleider fehlten, stünden aber große wirtschaftliche und Arbeiterinteressen auf dem Spiel, die den Aktionärinteressen der Stapelfaser-Monopolisten unbedingt vorgehen müßten.

Der Verband der Bureauangestellten hält den 1914 vertagten dritten ordentlichen Verbandstag am 3. und 4. November d. J. in Berlin ab. Zur Beratung stehen u. a. Abänderung der Verbandssatzung sowie das Thema: „Die Wirkung des Krieges und die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen der Bureauangestellten."

Allerlei.

Schweres Eisenbahnunglück in Galizien.

Krakauer Blättern zufolge ereignete sich bei Oswiecim ein schwerer Eisenbahnunfall. Auf einer Eisenbahnbrücke bemerkte der Lokomotivführer eines Gemischtzuges vor sich einen anderen Zug, und gab infolgedessen Volldampf nach rückwärts. Während 13 Personenwagen, die sich unmittelbar hinter der Lokomotive befanden, bremsten, fuhren die mit veralteten Bremsen versehenen Güterwagen weiter. Der Druck der Güterwagen schob die Personenwagen empor, von denen fünf von der Brücke in die Weichsel hinabstürzten, während zwei am Brückengeländer hängen blieben. Durch den Unfall wurden 36 Personen leicht und 5 schwer verletzt.

Zu dem Eisenbahnunglück teilt die Wiener Nordbahndirektion mit: Die Untersuchung hat bisher ergeben, daß der Vorfall auf die unterbliebene Sicherung des vorausfahrenden Güterzuges durch den in Betracht kommenden Bahnwärter zurückzuführen ist. Von den sieben abgestürzten Wagen des Gemischtzuges blieben drei an dem Geländer der Brücke hängen, vier fielen in den gegenwärtig überschwemmten Inundationsraum herab. Verletzt wurden etwa 30 Personen, darunter 7 schwer.

Riesenschleichhandel an der Ostsee.

In den Ostseebädern Arendsee und Brunshaupten ist, wie die Mecklenburgische Zeitung meldet, ein Riesenschleichhandel aufgedeckt worden, in den zahlreiche Gasthöfe und Pensionen der beiden Orte verwickelt sind. Es war schon seit langem bekannt, daß die Gasthäuser sich im Winter und Herbst überreichlich eingedeckt hatten. Die Staatsanwaltschaft veranlaßte darauf eine eingehende Untersuchung. Es wurde ein Verkäufer, der verdächtig erschien, verhaftet. In großen Wirtschaften wurden bei Haussuchungen zum Teil 5000 bis 10 000 Eier gefunden, zahlreiche Schinken, Mettwürste, Speck, Butter waren versteckt. Zentnerweise waren Mehl, Grieß, Grütze, Graupen, Roggen und vor allem Zucker eingehamstert. Außerdem haben sich zahlreiche Fremdenhäuser mit Fleisch auf das Doppelte und Dreifache ihres Kontingents beliefern lassen. Der Verdienst aus dem Handel ist so groß, daß einzelne Leute, die vor dem Kriege gar kein Vermögen hatten, sich inzwischen eine Erbpachtstelle kaufen konnten und außerdem eine nennenswerte Barsumme besitzen. Lieferanten waren zahlreiche Landleute der Umgegend und Kaufleute aus Kleinstädten. Die gefundenen Waren wurden beschlagnahmt. Die Aufregung in beiden Ortschaften, besonders unter den Fremden ist sehr groß, da die ganze Versorgung eine andere wird und ins Stocken gerät. Es droht die Schließung zahlreicher Fremdenhäuser.

Sieben Fleischgerichte.

Der Polizeipräsident von Kattowitz hat die Schließung zweier erster Hotels in Kattowitz angeordnet, weil sie dauernd gegen die Kriegsverordnungen verstoßen haben. In den Hotels trafen sich die oberschlesischen Schleichhändler. Die Verpflegung war dort derart, daß ein polnischer Landtagsabgeordneter an den Minister die Anfrage richtete, ob ihm bekannt sei, daß in den beiden Hotels, dem Residenzhotel und dem Kließling-Ausschank, auf der Speisekarte sieben Fleischgerichte stehen. — Man kann den Herren Schiebern, die ganze Wiehberden, Speck, Schinken und Butter für Zahlungsfähige heranschaffen, doch nicht gut zumuten, Grieß in Salzwasser zu essen.

Der japanische Schah in Wien. Durch eine Bande gewerbsmäßiger Diebe waren aus dem Lager eines Spediteurs eine Anzahl Kisten, die von der japanischen Botschaft bei Beginn des Kriegszustandes mit Japan dort hinterlegt waren und sofortbare Besitztümer im Werte von mindestens einer Viertel Million Kronen enthielten, gestohlen worden. Der ganze Schatz wurde nun durch einen Sicherheitswachinspektor bei einem Zuckerwarenhändler im 17. Bezirk festgestellt. Die an dem Diebstahl beteiligten Personen wurden verhaftet.

Ueberführung der russischen Zarenfamilie nach Spanien? Die spanische Zeitung El Sol erklärte, aus guter Quelle erfahren zu haben, daß das Ministerium des Aeußern die Kabinette der Kriegführenden ersucht hätte, die Witwe und die Töchter des verstorbenen Zaren Nikolaus nach Spanien zu überführen. Auf eine Anfrage des Havas-Berichterstatters antwortete Ministerpräsident Dato, daß das Madrider Kabinett in der Tat auf Veranlassung des Königs Schritte in diesem Sinne unternommen habe.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

40] (Nachdruck verboten.)

Julia neigte ergeben den Kopf, aber kaum war er im Menschengewühl der dichtbelebten Straße verschwunden, so erhellte ein grausames Lächeln des Triumphes und der Rache, ihre schönen Züge, sie murmelte:

„Du Schuft! . . . wer weiß, mit wem sich der Staatsanwalt zuerst beschäftigen wird!"

Dann ging sie die Königstraße hinauf, nach dem Polizeipräsidium.

Der Kriminalkommissar, dem Julia ihre Geschichte erzählte, sah sie mit einem ungläubigen Lachen an. Der Mann schien mit sich zu Rate zu gehen, ob er da mit einer hysterischen Person zu tun hatte, die Räubergeschichten erfand, oder ob er eine abgefeimte Verbrecherin vor sich hatte, die irgendeinen noch nie dagewesenen Trick mit dieser Entführungsgeschichte ausführen wollte? . . .

„Wieso kommen Sie denn dazu, n. diese Anzeige zu machen?" fragte er endlich.

„Ich nenne mich mit Stolz eine Freundin von Frau Erna Meier!"

„Schön . . . und Sie glauben wirklich, daß dieser Sekretär . . . wie heißt er doch? . . .

„Stockmann."

„. . . . . ja, daß dieser Stockmann eine Entführung der Frau Bankier Meier plant?"

„Ja, das weiß ich ebenso wie ich überzeugt bin, daß es ihm gelungen wäre, sie zu entführen, wenn ich sie nicht rechtzeitig vor diesen Menschen gewarnt hätte!"

„Weiß er das oder hat er davon eine Ahnung?"

„Nein, denn sonst hätte er sich schon an mir zu rächen versucht!"

„Wie kann er das?"

Julia Maier zögerte ein wenig, dann erzählte sie dem Beamten offen, wie Stockmann Macht über sie bekommen habe. Jetzt aber, wo ihre arme Mutter tot sei, hände sie keine Rücksicht mehr und ihr ganzes Streben ginge dahin, diesen Bösewicht unschädlich zu machen . . .

„Selber eingeweiht hat er Sie nicht in seine Pläne?"

„Nein, aber ich habe die Bestätigung seiner Absichten noch aus einer anderen Quelle: ich ging eines Tages zu einer Frau Wanda Djibowska, einer Trölerin, die da oben im Norden in der Ackerstraße wohnt und die mir empfohlen war, als Händlerin für Gardcobe . . . ich hatte nämlich die Absicht, einiges von meinen Sachen, die ich jetzt doch nicht mehr trage, zu verkaufen, Herr Kommissar! . . ."

Der Beamte nickte, er begann Vertrauen zu fassen zu diesem Mädchen, das offenbar die Absicht hatte, sein früheres leichtsinniges Leben aufzugeben und wieder einen geregelten ehrsamen Lebenswandel zu führen.

„Also diese Frau," erzählte Julia weiter, „trug einen herrlichen Chrysopas am Finger, einen jener indischen Ringe, die mit einer geheimnisvollen Inschrift geschmückt sind und denen man wunderbare Zauberkräfte zuschreibt. Ich sah mir den Ring an und wurde aufmerksam auf die merkwürdigen Reden, die die Frau dabei führte. Schließlich kamen wir ins Gespräch, ich gewann ihr Vertrauen und erfuhr, daß sie diesen Ring von einem Manne habe, der sie betrogen hätte. Na, ein Wort gab das andere und zuletzt sagte sie mir auch den Namen: Georg Stockmann! . . ."

„Wie heißt die Frau?" unterbrach sie der Kommissar.

„Wanda Djibowska, Ackerstraße . . ."

Der Kommissar klingelte und gab dem eintretenden Schutzmann den Befehl, den Kriminalschutzmann Lahmer hereinzurufen.

„So, nun erzählen Sie, bitte, weiter!" wandte er sich dann wieder an Julia.

Das junge Mädchen nickte.

„Ich bin später noch öfter zu der Trödlerin gegangen und habe, da ich mich als Todfeindin des Sekretärs zu erkennen gab, allmählich ihr ganzes Herz gewonnen. Daher weiß ich auch, daß Stockmann durch sie zwei Kerle gedungen hat, die wahrscheinlich heute abend den Streich ausführen sollen . . ."

„Und zwar in Charlottenburg?"

„Ja, er hat Frau Erna Meier für heute abend um 11 Uhr nach dem Bahnhof Tiergarten hinausbestellt . . ."

„Und die Dame wird kommen? . . ."

„Sicher . . ."

Julia unterbrach sich, der Kriminalschutzmann Lahmer trat ins Zimmer und meldete sich bei seinem Vorgesetzten.

„Kennen Sie eine Trödlerin Wanda Djibowska in der Ackerstraße?"

„Djibowska? . . . ja . . . 245, Herr Kommissar . . . steht im Verdacht, Hehlerei zu treiben und Kinder zum Stehlen auszubilden . . ."

Der Kommissar nickte.

„Und kennen Sie vielleicht auch einen gewissen Stockmann? . . . Der Mann ist Sekretär? . . ."

„Na, wie sieht er aus?" gab der Kommissar die Frage an Julia weiter, „beschreiben Sie ihn mal, Fräulein, so gut Sie können! . . ."

„Er ist sehr schlank und mager," sagte Julia, „hat schwarzes Haar und trägt jetzt ein glattrasiertes Gesicht, das meistens sehr blaß ist . . . Geht stets schwarz angezogen und hat große dunkle Augen, die etwas so sonderbar Starres haben und wie tot sind . . ."

„Ja, ja," sagte der Kriminalschutzmann, „ich erinnere mich jetzt, den hab ich mal bei der Djibowska getroffen . . . und ich weiß auch, daß er mir gleich verdächtig vorkam. Es schien mir so, als hätten die beiden, wie ich eintrat — die Entrectür stand nämlich zufällig offen, Herr Kommissar! — als hätten die beiden da was vorgehabt, was ich nicht sehen sollte und was sie rasch versteckten . . . weil ihn mir aber die Frau als Sekretär des Bankiers . . . mein Gott, wie heißt er doch nur gleich? . . ."

„Raoul Meier!"

„Ja, ja, ganz recht, Raoul Meier, so sagte sie, die Djibowska, weil sie ihn mir als Sekretär des Herrn Meier vorstellte . . ."

„Ich verstehe schon," unterbrach ihn der Kommissar, „da dachten Sie, eine Frage Ihrerseits wäre überflüssig . . . das war ganz recht . . . ich danke Ihnen . . ."

Der Kommissar nickte und der Beamte entfernte sich.

„Also sagen Sie der Dame, Frau Meier meine ich, Sie möchte heute abend getrost nach dem Tiergartenbahnhof kommen . . . ich bin mit meinen Leuten auch da und werde mir diesen Herrn Stockmann mal ansehen . . . Eine Photographie der Dame haben Sie wohl nicht?"

„Doch, die habe ich für alle Fälle mitgebracht, hier ist sie!"

„So, das ist schön! . . . aber Sie selbst sind nicht etwa dort, Fräulein!"

„Nein, nein . . ."

Es war eine regnerische Vorfrühlingsnacht. Die Menschen, die von den in kurzen Pausen über den eisernen Viadukt rasselnden Stadtbahnzügen hier am Bahnhof Tiergarten abgesetzt wurden, standen fröstelnd unter ihren Regenschirmen an der Haltestelle der elektrischen Bahn, oder sie beeilten sich, nach Hause zu kommen.

Jetzt schritt eine Dame vorsichtig zögernd aus dem Portal des Bahnhofes und schien, am Bahnhofsgebäude entlanggehend, nach jemand auszuspähen.

Aber der Betreffende kam nicht. Und während sie so wartend stand, kam ein älterer, einfach gekleideter Herr ihr entgegen und sagte leicht im Vorbeigehen:

„Gehen Sie über den Damm . . . hinter der Schleusenbrücke wartet der Wagen! . . ."

Erna Meier mußte ihren ganzen Mut zusammennehmen. Und fast wäre sie ihrem ängstlichen Gefühl gefolgt und rasch zurückgekehrt. Aber das Bewußtsein, daß sich zu ihrem Schutze eine ganze Anzahl von Polizisten in der Nähe aufhielten, machte sie handfest. Sie überschritt den Damm und ging den Weg am Wasser entlang, wo wieder ein Herr ihr entgegenkam, der im Vorübergehen flüsterte:

„Seien Sie unbesorgt, gnädige Frau, wir passen auf."

. . . Wo blieb denn nur der Sekretär? . . . Daß er nicht kommen sollte, konnte sie nicht glauben! . . . Indessen ging sie weiter und dachte zuerst wirklich, es sei wieder ein Polizeibeamter, als jetzt aus dem Schatten der Bäume abermals ein Mensch auf sie zutrat und sie fragte:

„Sie sind doch Frau Erna Meier?"

Sie wollte eben bejahen, als ihr etwas um den Kopf geworfen und sie von zwei kräftigen Armen umklammert wurde; der Atem verging ihr und ihre Sinne drohten zu schwinden.

Aber ebenso schnell fühlte sie sich auch wieder losgelassen. Sie taumelte, hörte den wüsten Schrei einer Männerstimme und sah, als man ihr das Tuch vom Kopfe nahm, wie zwei Beamte einen der Verbrecher fesselten. Sein Spießgeselle rasselte mit dem Wagen, den die Kriminalbeamten vergeblich verfolgten, in der Richtung nach dem Zoologischen Garten davon.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. ½8 Uhr.

Petermann, der denkende Hund. 1517

??? Waldon ???

Lea Mantl, die berühmte Kunstpfeiferin und weitere Spezialitäten.

Kasse von 10–1½ und 4–6 Uhr.

Konzerthaus Oberpollinger.

Ecke Gr. Ulrichstr. Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich: **Künstler-Konzert**

Kaffee mit Torte.

Wochentags Eintritt frei! 1116

Es ladet ergebenst ein Frau Elsa Both.

1378 Achtung: Konzerthaus **Altenburger Hof**

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich: **Gr. Künstler-Konzert.**

Kaffee mit Torte.

Freundlichst ladet ein Otto Kampe, zurzeit auf Heimaturlaub.

Milchkunden

werden an unseren Wagen und in unseren Läden noch angenommen. 1513

Hallesche Molkerei.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst 250 g.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 5. bis 11. August 1918 bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können die gesamten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speisewirtschaften usw. verwendet werden. Grundsätzlich dürfen bei der Vollkarte nur auf 8, bei der Kinderkarte nur auf 4 Fleischmarken je 25 g Schlachtviehfleisch bei den Fleischern entnommen werden, während die übrigen (2 bzw. 1) Fleischmarken lediglich zum Bezuge von Wurst berechtigen.

Halle, den 1. August 1918. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von **Graupen** wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am **Dienstag den 6. Aug. 1918.** Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund verabfolgt werden. Der Verkaufspreis beträgt 36 Pfg. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Graupen einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 218 des Warenbezugscheines XVII zu erfolgen. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken abzutrennen und zu Hunderten gebündelt, im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links) binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Reitbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. Nov. 1915.

Halle, den 5. August 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Quark.

Am Dienstag, den 6. Aug. 1918, erfolgt der Verkauf von Quark auf den Abschnitt 11 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 19001—21500 an folgenden Stellen: Milchhändler Brockhaus, Ludwigstr. 26, Milchhändler Kraneis, Diesbauerstraße 6, und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Beesenerstraße 1, an letzterer Stelle nur vormittags von 8—12 Uhr.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereiezeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6.—12. Lebensjahre wird ¼ Pfd. Quark auf den obenbezeichneten Abschnitt zum Preise von 37 Pf. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten. Gefäße sind unbedingt mitzubringen.

Halle, 5. August 1918. **Der Magistrat.**

Verkauf von Mager- oder Buttermilch.

Am Dienstag den 6. August 1918, von nachmittags 2 Uhr ab, erfolgt der Verkauf von Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 11 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf-Haymstraße 35, und in der Verkaufsstelle der Riemberger Molkerei, Lindenstraße 52.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 23501 — 26500.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ½ Liter Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 11 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfg. abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 5. August 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Dienstag den 6. August 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 19501—21000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 21001 bis 23000 nachmittags von 2—6 Uhr.

Für die Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 5. August 1918. **Der Magistrat.**

U. S. P. D. U. S. P. D.

Sozialdemokr. Verein für Halle und den Saalkreis.

Mittwoch, den 7. August, im „Volkspark", Burgstrasse 27:

Großes Kinderfest

bestehend in

Konzert, um 4 Uhr: **Umzug der Kinder,**

nachher **Spiele, Schiessen, Klettern usw.**

— Eintritt für Erwachsene 20 Pf., für Kinder unter 14 Jahren frei. —

Eintrittskarten sind vorher zu haben in den Zigarrengeschäften von **Albrecht,** Lindenstr. 58, **Jungmann,** Thomasiusstr. 38/39, in der **Brotverkaufsstelle** des Allgemeinen Konsum-Vereins am Hallmarkt, im **„Volkspark"**, Burgstrasse 27 und in der **Volks-Buchhandlung,** Harz 42/44.

Zu regem Besuch der Vereinsmitglieder ladet ein **Der Vorstand.**

1509 I. A.: Adolf Albrecht.

Bad Wittekind.

Dienstag, 6. August cr., nachmittags 3½ Uhr:

Kur-Konzert

vom *844

Stadttheater-Orchester.

Leitung: Kapellmstr. Karl Nöhren.

Eintrittspreise: Erwachs. 35 ₰, Kind. 20 ₰

Dauerkarten haben Gültigkeit.

Mittwoch, 7. August cr.: abends 8 Uhr:

Ehrenabend I. Kapellmeister Karl Nöhren

A. D. Webers gesammelte Satiren.

Band I u. II, geb. je 4.50 Mk.
Band III (beschlagnahmt gewesen). Broschiert je 3 Mk.

Frech und Froh . .	2.50 „
Satyr lacht . . .	2.50 „
Mit verhängten Zügeln (Volksausgabe) .	2.50 „
Berlin u. d. Berliner	1.10 „
Durch die Lupe . .	1.10 „
Die Lästerallee . .	1.00 „
Mehr Licht . . .	1.10 „
Ohne Feigenblatt .	1.20 „
Frech und Froh . .	1.20 „
Satyr lacht . . .	1.20 „
Nicht für Jeden .	1.20 „

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Der Tabak

v. Samenkorn bis zum Genuß. Ein nützl. Buch für den Tabakfreund. Anbau, Kultur, Versteuer. Ernten, Trocknen, Beizen, Laugen, Fermentieren, Aromatisieren, Selbstanfertigen v. Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabak. Verl. geg. Einl. v. 1 Mk., Nachn. 35 Pf. mehr.

E. Hecht, Gartenbau, *840] **Berlin-Schönholz.**

Gesetz

betreffend den **Vaterländ. Hilfsdienst.**

Mit einem Anhang:

Ausführungsbestimmungen und Rechtsbelehrungen.

Preis 50 Pfg. Porto 5 Pfg.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Gartenpächter *841 baut Kümmelkörner. Jetzt ist die Zeit d. Einsaat f. Kümmel. Durch Kümmel kann man jede ungebrauchte Ecke im Garten ausnutzen, da Kümmel sehr anspruchslos ist u. keiner Pflege bedarf. Gegen Einsendung v. M. 1.00 sende 1 Portion Saat franko. **Otto Küchler,** Kiel-Gaarden, Hüttenstr. 34.

Rechtsfragen bei Todesfällen.

Reicher Inhalt.

Erläutert v. **Alfred Peikert,** Arbeitersekretär.

Preis 40 Pf., Porto 5 Pf.

Zu beziehen durch die

Volks-Buchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Pfälzer Schießgraben.

Täglich: Gr. Preis-Konzert

der gesamten Görlach'schen Kapelle.

Anfang nachm. 3½ Uhr. 1464

Neues Operetten-Programm.

Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

„Prinzess-Theater", Schmeerstr. 5.

Heute noch. Anfang 4 Uhr:
„Der Club der Neun". Detektiv-Drama in 4 Akten.
Dienstag — Donnerstag: 1515
Hella Moja in:
„Und wenn ich lieb', nimm dich in Acht!"
Grosartiges Filmschauspiel in 4 Akten,
und das übrige Programm.
Kriegsberichte. — Natur. — Humor.

Genau wie bester Fleischextrakt

macht **Ceva-Würze** (¼ Pfd.-Dose Mk. 1.95)

.·. **Gemüse, Suppen, Sossen** .·.

äußerst schmackhaft und nahrhaft.

F. H. Krause. 1463

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht.** Von Herm. Pilz. Preis 75 Pfg.

Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindesmütter.** Von Hermann Pilz. Preis 75 Pfg.

Nr. 7. **Die Rechte und Pflichten des Mieters.** Von Richard Lipinski. Preis 20 Pfg.

Nr. 8. **Die Klage vor den Amts-, Gewerbegerichten und den Schiedsgerichten für Arbeiter-Versicherung.** Von Hermann Lorenz. Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die

Halle. Volks-Buchhandlung. Halle.

Harz 42/44.

Ich habe meine **ärztliche Praxis** in Halle

Gr. Ulrichstrasse 18 II

wieder aufgenommen. **Sprechzeit** wochentäglich **9 bis 12 Uhr.** *852

Dr. med. Bohn, Arzt für innere u. nervöse Leiden.

Familien-Nachrichten.

Plötzlich und unerwartet erhielten wir die tieferschütternde Nachricht, daß unser heißgeliebter, unvergeßlicher Sohn, herzensguter Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Bräutigam, der Schütze

Erich Trabert,

Inhaber des Eis. Kr. II. Kl.,

im blühenden Alter von 21 Jahren am 25. Juli durch Granatschuß dem grausamen Völkerringen zum Opfer gefallen ist. 1511

Halle, 5. August 1918, Fichtestraße 1a.

L.-Plagwitz und Hamburg.

Im tiefsten Weh:

Familie **Hermann Trabert** nebst allen Angehörigen.

Marlechen Freund als Braut.

Freitag nachmittag 3 Uhr verschied nach schwerem Krankenlager mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater

Albert Reißner,

im Alter von 78 Jahren. *853

Rietleben, 5. August 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Apollo-Theater

— Heute und folgende Tage ½8 Uhr: —

Die allbeliebten

Winter-Tymians

Deutschlands erste Herrengesellschaft. 1519

u. a. **Fritz Thurm-Silvaré,**

unübertroffener Damen-Darsteller

mit neuen Vorträgen u. Pracht-Kostümen.

Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Vorverkauf täglich 9—1 und 5—½7.

Sonntag früh verstarb nach längeren, schweren Leiden, drei Tage vor seinem 38. Geburtstage, mein lieber Mann, der treusorgende Vater seiner 11 Kinder, unser lieber Sohn u. Bruder, Schwager und Onkel, der Kernmacher

Paul Koderisch.

In tiefem Schmerz, 1516

zugleich im Namen der Hinterbliebenen:

Klara Koderisch geb. Krause u. Kinder.

Beerdigung: Mittwoch nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofs.

Allgemeiner Konsum-Verein für Halle E. G. m. b. H. **und Umgegend.** E. G. m. b. H.

Sonntag früh, den 4. ds. Mts., starb nach längerem Leiden unser Aufsichtsrats-Mitglied

Paul Koderisch

im 38. Lebensjahre. 1518

Die Beerdigung, an deren zahlreicher Beteiligung wir unsere Mitglieder ersuchen, findet Mittwoch, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gertrauden-Friedhofes aus statt.

Der Vorstand u. Aufsichtsrat d. Allgem. Konsum-Vereins für Halle und Umgegend. e. G. m. b. H.

Auch uns hat der Krieg das Beste genommen.

Tief erschüttert, erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser über alles geliebter einziger Sohn

Artur Eichapfel,

im blühenden Alter von 19 Jahren dem schrecklichen Völkermorden zum Opfer gefallen ist.

In tiefem Schmerze 1510

Franz Eichapfel und Frau.

Du warst des Vaters Freude,
Der Mutter höchstes Glück!
Wer ihn gekannt, kennt unsern Schmerz.

Sein letzter Wunsch: Auf Wiedersehn! Sollte nicht in Erfüllung gehn!

Plötzlich und unerwartet erhielt ich am 2. Aug. die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergeßlicher, herzensguter Mann, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Reservist

Richard Hüllemann

(Inhaber des Eisernen Kreuzes.)

im 31. Lebensjahre, am 25. Juli auch ein Opfer des schrecklichen Völkermordens wurde.

Halle, Ammendorf, Wörmlitz.

In tiefem Schmerz:

Frau Marta Hüllemann geb. Lippold, Böllberg Nr. 12, nebst Eltern, Schwiegereltern u. Geschwistern.

Du hast so oft an uns geschrieben,
Macht keine Sorgen Euch, Ihr Lieben,
Ich kehr zurück, Auf Wiedersehn!
Doch kann es nun nicht mehr geschehn.
Und sollten die Friedensglocken klingen,
Die Sieger jubelnd in die Heimat ziehn,
Dann werden heißer unsere Tränen fließen,
Und traurig werden wir zur Seite stehen.

Ruhe sanft, mein geliebter Richard! 180

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0004

Die „Riesenverdienste“ der Rüstungsarbeiter.

Eine wertvolle Erhebung über die Höhe der Verdienste einer sehr großen Zahl Arbeiter der Rüstungsindustrie wird soeben vom Deutschen Metallarbeiter-Verband veröffentlicht. Schon daß an dieser Verdienststatistik 509 945 Arbeiter und 259 061 Arbeiterinnen beteiligt sind, gibt dieser Veröffentlichung besonderes Gewicht. Die Höhe der Verdienste der beteiligten Rüstungsarbeiter ist in zwölf Gruppen, getrennt für Männer und Frauen und in Stunden- und Wochenverdienste, zusammengestellt. Die erzielten Verdienste sind in der Hauptsache Akkordverdienste. Entnommen sind die veröffentlichten Zahlen den Schlußberichten über die vom Metallarbeiter-Verband im Jahre 1917 durchgeführten Lohnbewegungen. Es sind also Angaben über Verdienste von Rüstungsarbeitern solcher Betriebe, in denen erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt worden sind; die erreichten Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen sind in die Lohnhöhe mit eingerechnet.

Nach dieser Zusammenstellung verdienen von 509 945 männlichen Arbeitern die Stunde: 147 816 40 Pf., 3001 40 bis 50 Pf., 39 949 50 bis 75 Pf., 154 980 75 bis 100 Pf., 135 780 100 bis 125 Pfennig, 58 814 125 bis 150 Pf., 46 098 150 bis 175 Pf., 11 001 175 bis 200 Pf., 5976 200 bis 225 Pf., 3483 225 bis 250 Pf., 755 250 bis 275 Pf. und 11 275 bis 300 Pf.

Stundenverdienste von 175 Pf. und darüber sind nur für Berlin und einige Orte der Provinz Brandenburg festgestellt worden, und zwar für 21 228 Arbeiter. Darunter sind 170 Arbeiter aus der Provinz Brandenburg, alle übrigen aus Berliner Betrieben. Die große Masse der an diesen Erhebungen beteiligten Arbeiter, 290 710 gleich über 57 Prozent, erreicht Stundenverdienste von 75 bis 125 Pf., und 93 097 = 18,3 Prozent der Beteiligten verdienen sogar nur zwischen 40 und 75 Pf. die Stunde. An den Höchstverdiensten ist also nur ein geringer Teil der Rüstungsarbeiter, 4,2 Prozent, beteiligt, während die Masse derselben nur verhältnismäßig niedere Verdienste erreicht.

Recht interessant sind die Feststellungen über die Höhe der Verdienste in den verschiedenen Landesteilen. 50 bis 100 Pf. die Stunde verdienen: 35 192 = 7,1 Prozent der Beteiligten in Schlesien, 52 774 = 9,2 Prozent im Königreich Sachsen, 85 662 = 84,4 Prozent in Nordwestdeutschland, 59 905 = 65,1 Prozent in Südwestdeutschland. Etwas höher sind die Verdienste der Mehrheit der Beteiligten in folgenden Landesteilen: Es erzielen einen Stundenverdienst von 75 bis 125 Pfennig in Mitteldeutschland 33 985 Arbeiter = 76,8 Prozent der Beteiligten, in Rheinland-Westfalen 56 192 Arbeiter = 62,7 Prozent der Beteiligten und in Bayern 30 207 Arbeiter = 96,0 Prozent der Beteiligten. In der Provinz Brandenburg betragen die Stundenverdienste von 3787 Arbeitern = 87 Prozent der Beteiligten zwischen 75 und 125 Pf., in Pommern, Ost- und Westpreußen werden von 23 606 Arbeitern = 72,1 Prozent der Beteiligten Stundenverdienste zwischen 100 und 150 Pf. erreicht und in Berlin verdienen 44 366 Arbeiter = 58,9 Prozent der Beteiligten zwischen 125 und 175 Pf. die Stunde.

Im Verhältnis zur herrschenden Teuerung sind diese Verdienste recht niedrig. Verdienste von 50 bis 100 Pf. die Stunde, wie sie in Schlesien, Sachsen, Nordwestdeutschland und Südwestdeutschland erzielt werden, sind gewiß als völlig unzureichend zu bezeichnen.

Von 259 061 an der Zusammenstellung beteiligten Arbeiterinnen werden Stundenverdienste erreicht: 3753 20 bis 25 Pf., 11 729 25 bis 30 Pf., 9189 30 bis 35 Pf., 15 881 35 bis 40 Pf., 25 360 40 bis 45 Pf., 33 551 45 bis 50 Pf., 28 113 50 bis 55 Pf., 14 151 55 bis 60 Pf., 76 715 60 bis 75 Pf., 9165 75 bis 90 Pf., 30 695 90 bis 100 Pf. und 759 100 bis 125 Pf. Es arbeiten also noch 40 552 an dieser Erhebung beteiligte Arbeiterinnen zu Stundenlöhnen zwischen 20 und 40 Pf. Auch die Verdienste zwischen 40 und 60 Pf. die Stunde, die 101 175 Arbeiterinnen erreichen, sind durchaus unzureichend. An der dritten Gruppe mit Verdiensten zwischen 60 und 125 Pf. die Stunde sind 117 331 Arbeiterinnen beteiligt. Von diesen sind 87 042 in Berliner Betrieben beschäftigt, die übrigen sind auf die Rüstungsbetriebe im ganzen Reich verstreut. Die Masse der Arbeiterinnen mit niedrigen Verdiensten wurde festgestellt in Schlesien, im Königreich Sachsen und in Südwestdeutschland.

Die Wochenverdienste für die 509 945 an der Statistik beteiligten Rüstungsarbeiter bewegen sich in folgender Höhe. Es verdienen die Woche 1 18 Mk., 112 18 bis 25 Mk., 2668 25 bis 30 Mk., 21 671 30 bis 35 Mk., 23 738 35 bis 40 Mk., 57 864 40 bis 45 Mk., 59 428 45 bis 50 Mk., 110 474 50 bis 60 Mk., 113 609 60 bis 75 Mark, 113 956 75 bis 100 Mk., 10 426 100 bis 125 Mk. und 3003 über 125 Mk. Bei der Feststellung der Wochenverdienste der Rüstungsarbeiter zeigt sich fast das gleiche Bild wie bei den Stundenverdiensten. Ein ganz geringer Teil der Arbeiter (2,6 Prozent) erreicht Wochenverdienste von über 100 Mk. Dagegen wurden 158 477 = 31,1 Prozent der beteiligten Rüstungsarbeiter gezählt, die unter 50 Mk. die Woche verdienen. Verdienste von 50 bis 75 Mk. die Woche wurden für 224 083 Arbeiter = 43,9 Prozent der Beteiligten festgestellt. Gegenüber den Stundenverdiensten sind die Wochenverdienste etwas höher. Diese höheren Wochenverdienste erklären sich dadurch, daß dieser Mehrverdienst durch Leistung von Ueberstunden und Nacht- und Sonntagsarbeit, für die besondere Zuschläge bezahlt werden, erreicht worden ist.

Eine ungewöhnlich große Zahl Arbeiter mit Wochenverdiensten von unter 50 Mk. wurde in Schlesien mit 27 468 = 66,6 Prozent der Beteiligten und in Sachsen mit 43 718 = 76,4 Proz. der Beteiligten festgestellt. Wochenverdienste zwischen 50 und 75 Mk. wurden für die Mehrheit der Beteiligten in Mitteldeutschland, und zwar für 30 141 Arbeiter = 68,1 Proz. der Beteiligten in Mitteldeutschland, und zwar für 30 141 Arbeiter = 68,1 Proz. der Beteiligten, in Nordwestdeutschland für 26 013 Arbeiter = 61,6 Proz. der Beteiligten, in Südwestdeutschland für 43 575 Arbeiter = 51,8 Proz. der Beteiligten und in Bayern für 29 282 Arbeiter = 94,0 Proz. der Beteiligten ermittelt. In Pommern, Ost- und Westpreußen haben an Verdiensten zwischen 75 und 100 Mk. die Woche 17 275 Arbeiter = 60,5 Proz., und in Berlin 51 109 Arbeiter = 67,8 Proz. Anteil gehabt. In allen übrigen Landesteilen ist an dieser Verdienststöhe nur ein kleiner Bruchteil der Rüstungsarbeiter beteiligt gewesen. Ueber 100 Mark die Woche verdienen von allen 509 945 an der Statistik Beteiligten 13 429 Arbeiter; davon sind 13 177 in Berlin, 200 in Sachsen und 52 in der Provinz Brandenburg beschäftigt.

Es ergeben sich demnach für sämtliche an dieser Erhebung beteiligten Männer folgende Wochenverdienste: 158 477 = 31,1 Prozent verdienen unter 50 Mk., 224 083 = 43,9 Proz. verdienen 50 bis 75 Mk., 113 956 = 22,4 Proz. verdienen 75 bis 100 Mk. und 13 429 = 2,6 Proz. erreichen Verdienste von über 100 Mk.

Die Wochenverdienste der 259 061 beteiligten Arbeiterinnen betragen: 3764 12 bis 15 Mk., 13 031 15 bis 18 Mk., 8995 18 bis 20 Mk., 13 513 20 bis 22,50 Mk., 17 468 22,50 bis 25 Mk., 48 729 25 bis 30 Mk., 28 851 30 bis 35 Mk., 51 164 35 bis 40 Mk., 58 882 40 bis 45 Mk., 15 628 45 bis 50 Mk., 5517 50 bis 60 Mk. und 524 über 60 Mk.

Demnach verdienen:

Bis 20 Mk. die Woche	23 790 Arbeiterinnen	=	9,2 Proz.
„ 30 „ „ „	79 705 „	=	30,8 „
„ 40 „ „ „	80 015 „	=	30,9 „
„ 50 „ „ „	69 510 „	=	26,8 „
Ueber 50 „ „ „	6 041 „	=	2,3 „

Nur in Berlin und Rheinland-Westfalen wurde eine größere Zahl Arbeiterinnen festgestellt, die über 50 Mk. die Woche verdienen. In allen übrigen Landesteilen bleiben die Verdienste der Arbeiterinnen unter 50 Mk. die Woche.

Die Ergebnisse dieser Verdienststatistik beweisen unwiderleglich die Unwahrheit des Geschreies über die übermäßig „hohen Verdienste“ der Rüstungsarbeiter. Im Gegenteil, für Hunderttausende der Rüstungsarbeiter sind die Löhne sogar durchaus unzureichend. Im Verhältnis zu der Masse mit niedrigen und mittleren Verdiensten kommt die geringe Zahl derer, die einigermaßen hohe Löhne beziehen, gar nicht in Betracht. Diese Verdienste sind durchweg festgestellt worden für Betriebe mit gutorganisierter Arbeiterschaft und mit Hilfe der Organisation erreichten wesentlichen Lohnerhöhungen. In Betrieben, in denen wegen schlechter Organisation der Arbeiter Lohnbewegungen nicht durchgeführt werden konnten, liegen die Verhältnisse natürlich noch ungünstiger. Und doch wird vom Unternehmertum und seiner Presse fortwährend der Abbau der hohen Löhne der Rüstungsarbeiter gefordert. Anstatt Abbau ist, wie diese Zahlen beweisen, Erhöhung der Löhne notwendig, wenn nicht ein ganz wesentlicher Rückgang der Lebensmittel- und Warenpreise erfolgt. Höhere Löhne und günstige Arbeitsbedingungen sind aber nur zu erreichen und zu halten durch eine starke und festgefügte Organisation. Mögen die Rüstungsarbeiter das beherzigen und mit aller Kraft für die Stärkung des Metallarbeiterverbandes wirken!

Das Volksblatt

ist das Blatt des werktätigen Volkes

der arbeitenden Klassen, die sich nach dem **Frieden** sehnen. Das „Volksblatt“ wirkt für ihn am entschiedensten. Es ist nicht gebunden an materielle Rücksichten bestimmter Kreise, die einen „deutschen Frieden“ wollen. Es will Völkerverständigung, keine Unterdrückung, es will keine Annektionen, sondern das Selbstbestimmungsrecht der Völker; es kämpft damit für einen **dauernden Frieden** und nicht für eine nur vorübergehende Waffenruhe. Wer gleichen Sinnes ist, muß mit dem „Volksblatt“ Schulter an Schulter fechten. Vor allem darf

das Volksblatt in keinem Arbeiterhaushalte fehlen!

Arbeiter, Handwerker und Kleinbürger spüren die Folgen des Krieges am stärksten. Sie haben das größte Interesse an der Beendigung des Krieges und an einem Frieden, der die Wiederkehr solcher entsetzlichen Ereignisse ausschließt. Sie haben also auch das größte Interesse an der weitesten Verbreitung einer Zeitung, die unbeirrt diesem Ziele zustrebt.

Arbeiter in Stadt und Land werbt für das Volksblatt!

Aus der Provinz.

Invalidenversicherung und Kriegsteilnehmer.

Wenig bekannt und beachtet ist noch immer die für Angehörige verstorbener Kriegsteilnehmer wichtige Bestimmung des § 3 der Bundesrats-Bekanntmachung vom 12. Mai 1916, welche sagt: Stirbt ein Versicherter, ohne seinen Anspruch erhoben zu haben, und ist er an der Erhebung durch Kriegsverhältnisse verhindert gewesen, so sind zur Geltendmachung des Anspruchs und zum Bezuge der auf die Zeit bis zum Todestag entfallenden Beträge nacheinander berechtigt der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister, wenn sie mit dem Berechtigten zurzeit seines Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben.

Die häusliche Gemeinschaft „zurzeit seines Todes“ ist regelmäßig als vorliegend zu erachten, wenn sie zurzeit der Einberufung bestand und anzunehmen war, daß sie nach der Entlassung fortgesetzt worden wäre. Sehr häufig liegen die Fälle nun, daß ein im Felde infolge Verwundung oder Erkrankung dauernd invalide gewordener Kriegsteilnehmer später im Lazarett verstirbt, ohne die Gewährung einer Invalidenrente beantragt zu haben. In diesen Fällen sichert nun die vorstehend wiedergegebene Bestimmung den Angehörigen das Antragrecht.

Eine für die Antragsberechtigten günstige Auslegung ist jener Bestimmung durch eine kürzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts geworden. Von der Versicherungsanstalt und dem Oberversicherungsamt war der Antrag der Ehefrau eines verstorbenen Kriegsteilnehmers auf Gewährung der rückständigen Invalidenrente für die Zeit seit der Verwundung bis zum Tode abgelehnt worden, weil der Verstorbene sich in einem deutschen Lazarett befunden hatte und von hier aus ganz gut den Rentenanspruch selbst hätte geltend machen können, mithin nicht durch Kriegsverhältnisse an der Erhebung des Anspruchs verhindert gewesen wäre. Das Reichsversicherungsamt hob die Entscheidung des Oberversicherungsamtes auf und führte aus: „... Dieser wohlwollenden Absicht der Bekanntmachung entspricht es, den Begriff der Verhinderung durch Kriegsverhältnisse im Sinne des § 3 a. a. O. nicht zu engzulegen. Vielmehr ist eine Verhinderung in diesem Sinne schon dann anzunehmen, wenn dem Versicherten unter billiger Berücksichtigung aller Umstände nicht zugemutet werden kann, einen Rentenantrag zu stellen. Die Anwendbarkeit der Vorschrift entfällt daher nicht schon dann, wenn sich der Versicherte in einem deutschen Lazarett befindet. Ebensowenig ist es im vorliegenden Falle entscheidend, daß der Ehemann der Klägerin einmal eine Postkarte an seine Angehörigen geschrieben hat. Es ist durchaus verständlich, wenn ihm eine Mitteilung an seine Familie näher lag, als die Stellung eines Renten-Antrages ...“ (Amtl. Nachr. 1915, S. 342.)

Die Angehörigen eines verstorbenen Kriegsteilnehmers sollten stets prüfen, ob außer den Voraussetzungen für die Stellung eines Antrages auf Gewährung einer Witwenrente bzw. Erteilung eines Anwartschaftsbescheides, auf Gewährung des Witwengeldes und der Waisenrenten nicht auch die Voraussetzungen für den Anspruch auf eine rückständige Invalidenrente gegeben sind.

Merseburg. Die Ausgabe der Brotmarken und Brotzusatzmarken findet im alten Rathaus, Burgstraße Nr. 1, in folgender Reihenfolge statt: Dienstag, den 6. August, vormittags von 8 bis 12½ Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr, für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von A bis einschließlich J. Mittwoch, den 7. August, zu denselben Zeiten für die Straßen mit den Anfangsbuchstaben von K bis einschließlich P. Donnerstag, den 8. August, zu denselben Zeiten, für die übrigen Straßen. Die Ausgabe der Krankenbrotmarken findet am Freitag, den 9. August, vormittags von 8 bis 1 Uhr im Rathaus, Markt Nr. 1, statt.

— Auf dem Güterbahnhofe geriet nachts ein vollbeladener Eisenbahnwagen mit Briketts in Brand und brannte vollständig nieder. Die Ursache des Brandes dürfte auf Selbstentzündung zurückzuführen sein.

Schkeuditz. Kunsthonig und Graupen oder Grieß geben die Materialwarengeschäfte in den nächsten Tagen ab. Diejenigen Personen, welche diese Waren zu kaufen wünschen, haben in dem Geschäft, woselbst sie solche erwerben wollen, bis zum Dienstag, den 6. August d. J., mittags 12 Uhr, für Kunsthonig den Abschnitt 21A, für Graupen oder Grieß den Abschnitt 22A unserer Lebens- und Gebrauchsmittelkarte grün, geld, rot abzugeben. Daß dies geschehen ist, hat der Verkäufer auf Abschnitt 21B bzw. 22B der gleichen Lebens- und Gebrauchsmittelkarte zu bescheinigen.

Roßen. Ein dreister Diebstahl wurde in der Wasserpumpstation ausgeführt. Aus der Wohnung des Werkmeisters R. wurden zwei Kisten und ein Holzkoffer gestohlen, aus der der Kriegerwitwe B. sämtliche Schuhe und zwei paar Ledergamaschen, sowie die Butterration für die laufende Woche und für acht Wochen Kleiderkarten. Zum ganzen erbeuteten die Diebe 11 Paar Schuhe. Die Familie einschließlich eines Logisherrn sind barfußlich ihrer gesamten Fußbekleidung beraubt worden. Die Ermittlungen nach den Tätern sind sofort eingeleitet worden.

Eisleben. Was geschehen wird. Einem Anwohner der Hellergasse und einem des Breiten Wegs wurden Roggen- und Gerstenbunde aus dem Hof ihrer Wohnungen gestohlen. — Entwendet wurden kürzlich einer in der Ottostraße wohnenden Frau Schmuckgegenstände und der Trauring, die in einem Schrank in ihrer Wohnung lagen. — Einem hiesigen Händler wurde am 31. v. M. abends das Fahrrad, das er in einem Grundstück in der Lindenstraße auf kurze Zeit untergestellt hatte, gestohlen. — In Abwesenheit einer hiesigen Einwohnerin wurde aus dem Vorflur ihrer Wohnung eine Kiste mit Kleidungsstücken im Werte von über 1200 Mark gestohlen.

Sangerhausen. Der Türmer von St. Jakobi, Wilhelm Walther, eine stadtbekannte Persönlichkeit, ist im Alter von 73 Jahren gestorben.

Bitterfeld. Neue Brot- und Mehlpreise treten laut Bekanntmachung des Kreisausschusses von heute, Montag, den 5. August d. J., an in Kraft: 1 Pfund Schwarzbrot 24 Pf., 1 Pfund Roggenmehl 26 Pf., 1 Pfund Weizenmehl (94proz. Ausmahlung) 29 Pf., 1 Pfund Gerstenmehl 33 Pf. — Die Preise für Weißbrot bleiben wie bisher bestehen.

— Mitzlückte Flucht. Ein auf einem hiesigen Industriewerke beschäftigter Ausländer, welcher sich vor einigen Tagen von dort entfernt hatte, wurde am Elbuter hinter Roßlau von zwei Schmiedelehrlingen aus Steutz aufgegriffen.

Eilenburg. Brotpreise. Auf Grund des § 58 a der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 vom 29. Mai 1918 setzt der Magistrat für die Stadt Eilenburg die Preise für Mehl und Brot wie folgt fest: a) für Mehl: Mischmehl 1 Pfd. 26 Pf., 94proz. Weizenmehl 1 Pfd. 28 Pf., 75 proz. Weizenmehl 1 Pfd. 50 Pf., b) für Brot: Schwarzbrot 1 Pfd. 23 Pf., 210 Gramm Weißbrot aus 94proz. Mehl 16 Pf., 210 Gramm Weißbrot aus 75proz. Mehl 18 Pf., c) Zwieback 1 Pfd. 60 Pf.

— Zusammenlegung von Brauereien. Nachdem schon vor einigen Jahren eine Zusammenlegung hiesiger Bierbrauereien in der Weise erfolgt war, daß die hiesige Feldschlößchenbrauerei von der Eilenburger Stadtbrauerei aufgekauft und der gesamte Betrieb aus der inneren Stadt nach Eilenburg-Ost verlegt worden war, ist diesem Schritt jetzt ein zweiter gefolgt: die Brauerei von Oswald Rudolph im Bergstadtteil ist nunmehr in den Besitz der Eilenburger Stadtbrauerei übergegangen. — So beschleunigt der Krieg die Kapitalkonzentration auf allen Gebieten.

Delitzsch. Fünf Pfund Kartoffeln werden in der Woche vom 5. bis 11. d. M. auf die gewöhnlichen Kartoffelkarten zu 15 Pf. das Pfund in den Verkaufsstellen abgegeben. Auf Schwerarbeiterkarten 2 Pfund.

— Ein feldgrauer Schwindler. Bei einer hiesigen Familie mietete sich dieser Tage ein Soldat ein, der angab, aus dem Lazarett entlassen und von der Eisenbahnwerkstatt oder einem Bitterfelder Werk reklamiert zu sein. Nachdem er sich einige Tage kostenlos hatte verpflegen lassen, erklärte er seiner Mietfrau, daß es ihm möglich sei, in der Nähe von Eilenburg Lebensmittel zu besorgen. Dieses „Zauberwort“ bewirkte, daß die Frau dem bereitwilligen Feldgrauen das Fahrrad ihres Mannes und einen Rucksack lieh, außerdem händigte sie ihm 11 Mark baares Geld aus. Der Soldat nahm auf diese Fahrt noch ein Paar braune Manchesterhosen und ein Paar neue Schnürschuhe mit. Natürlich war diese Hamsterfahrt nur eitel Schwindel, denn der Feldgraue verschwand bei dieser Gelegenheit auf Nimmerwiedersehen.

Wittenberg. Der Mörder Knabe, der in der Nacht zum 7. vorigen Monats den Unteroffizier Specht beim Feldbiebstahl erschossen hat und sein Komplize der Arbeiter Kraser, welcher die Waffen besorgt hatte, wurden dem Landgericht Torgau zugeführt.

— Gänse und ein Schwein wurden Herr Schandert in Labetz 3 gestohlen. Den Dieben ist man auf der Spur.

Schmeinitz. Pferdediebstahl. Auf dem Vorwerke Zmuichen bei Schweinitz wurden vier Hengste (zwei Füchse und zwei Braune) im Alter von 1½ Jahre gestohlen.

Artlenburg. Unglücksfall auf der Elbe. Als der Lauenburger Personendampfer anlegen wollte, drängte sich das Publikum auf dem Landungssteg zusammen. Als durch die aussteigenden Personen der Steg noch mehr belastet wurde, konnte er das Gewicht nicht mehr tragen und brach zusammen. Es stürzten 10 bis 15 Personen in die Elbe, die aber sämtlich gerettet werden konnten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 5. August 1918.

Kundenlisten für den Schuhverkauf.

Eine häufig halbamtlich bediente Korrespondenz verbreitet folgende Mitteilung: „Der für den Kauf von Schuhwaren eingeführte Ausweiszwang des Käufers hat seinen Zweck nicht erreicht, die Ansammlungen vor den Schuhläden haben bisher nicht abgenommen. Die bisher von einigen Gemeinden und von einzelnen Schuhhändlern versuchten Verkaufsregelungen haben sich nicht bewährt. Die Reichsstelle für Schuhversorgung veröffentlicht nun einen Entwurf für eine gemeindliche Regelung, der die Genehmigung der Reichsstelle gefunden hat. Die Regelung beruht auf einer Führung von Kundenlisten, in die die Inhaber von Schuhbedarfscheinen in der Reihenfolge ihrer Anmeldung von den Schuhhändlern ohne Rücksicht auf den Wohnsitz des Verbrauchers eingetragen werden. Gleichzeitig ist der Schuhbedarfsschein an den Schuhhändler unter Angabe der Art und Größe des gewünschten Schuhes abzuliefern. Nach Eingang der Ware haben die Händler so viele Besteller zu benachrichtigen, wie aus der Sendung unter Berücksichtigung der verlangten Schuhart und Größe voraussichtlich versorgt werden können. Um einen Ausgleich für Schuhwerk herbeizuführen, das nicht verkauft werden kann, soll ein Händler nach dieser Größe keine Nachfrage hat, soll eine Ausgleichstelle eingerichtet werden, die unter Leitung der Gemeindeverwaltung steht. Sie hat die Besteller zu ermitteln, die ihren Bedarf an Schuhwaren in einer bestimmten Größe nicht decken konnten und sie solchen Schuhwarenhändlern zu überweisen, die Waren in den betreffenden Größen auf Lager haben. Die Gemeindeverwaltung soll befugt sein, jedergeit eine Ueberwachung über die Führung der Kundenlisten, die abgelieferten Schuhbedarfsscheine und die Geschäftsbücher des Händlers auszuüben."

Ein neues Wunder soll geschehen. Eine Regelung des Schuhverkaufs soll getroffen werden, weil die zentrale Stelle einsieht, daß ihre bisherigen Maßnahmen nichts genützt haben. Der Schuhhandel soll jetzt geregelt werden, wo die guten und dauerhaften Lederschuhe kaum noch zu haben sind. Das ist kein Wunder, das war schon immer so in der Kriegswirtschaft. Die Leute, die mit Eiern, Butter, Schinken und gutem Trinkgeld durch die hintere Tür in den Schuhladen kamen, hatten genug Zeit, sich einzudecken. Es wurde sinnlos gehamstert und ein verruchter Luxus in Schuhen getrieben in der Zeit, wo „gewöhnliche" Leute auf die sündhaft teuren Holzbrettchen, genannt Sandalen, gekommen waren. Wer nichts aufzuwenden hatte wie den ehrlichen Kaufpreis und gute Worte, konnte monatelang ins Schuhgeschäft laufen und nachfragen, es waren immer „keine da". Es wurde mit den Käufern Komödie gespielt. Viel Vertrauen flößt aber zunächst auch der neue Plan noch nicht ein. Denn wo ist die Kontrolle über die Lagerbestände und die Wareneingänge bei den einzelnen Geschäften? Ohne diese Kontrolle läßt sich der Verkauf nicht regeln?

Was beim Baden zu beachten ist.

Der L. V. wird geschrieben: Daß die Witterung einen erheblichen Einfluß auf die Badelust ausübt, ist bekannt. Man befürchtet, sich während des Badens oder auf dem Heimwege zu erkälten und unterläßt daher bei ungünstigem Wetter den Gang in die Badeanstalt, während bei schönem warmem Wetter die Anstalten vielfach kaum in der Lage sind, den Ansturm der Badelustigen zu bewältigen. Dem Publikum sind erfreulich die Verhältnisse in großen Badeanstalten noch nicht genügend bekannt. Das beweisen die häufig geäußerten Befürchtungen vor Erkältungen. Da aber gerade in der Jetztzeit eine gute und geregelte Körper- und Hautpflege am Platz ist, so sollen diese Zeilen dazu dienen, die Furcht vor Erkältungen zu zerstreuen.

In der Anstalt selbst und während des Badens sind Erkältungen so gut wie ausgeschlossen, wenn man sich nur einigermaßen zweckmäßig und vernünftig dabei verhält. Wenn man aber das Publikum beim Baden beobachtet, so müssen allerdings grobe Verstöße gegen die einfachsten Baderegeln festgestellt werden. Häufig sieht man Badegäste mit glühendem Gesicht und von Schweiß triefend, die Wannenbäder verlassen. Wenn solche Badegäste vor dem sofortigen Verlassen der Anstalt gewarnt werden, erhält man in vielen Fällen entweder eine gleichgültige oder gar abweisende Antwort. Solche Badegäste erleiden sicher eine Erkältung, die dann entweder auf das Bad oder auf die Witterung zurückgeführt wird, ohne dabei zu bedenken, daß das unzweckmäßige zu warme Bad die Schuld trägt. Vor zu warmen Bädern muß wegen der tiefgehenden Wirkung derselben überhaupt gewarnt werden.

Die erheblichsten Verstöße gegen die Baderegeln kommen aber in den Schwimmbädern vor, und hierin leistet besonders die Jugend geradezu Unglaubliches. Die Badeordnung, deren Bestimmungen hauptsächlich im Interesse des Publikums erlassen sind, wird für nichts erachtet. Die Badezeit, die nach hygienischen Grundsätzen auf 45 Minuten bemessen ist und vollkommen ausreicht, wird ständig überschritten. Am ganzen Körper vor Kälte zitternd, mit blauen Lippen und blasser Haut stehen die Kinder in der Halle umher und müssen vielfach unter Anwendung von Gewalt zum Ankleiden gezwungen werden. Um sich zu erwärmen, benutzen sie wiederholt die warmen Brausen, um sich dadurch nur noch mehr zu schaden, abgesehen von der Vergeudung des jetzt so kostspieligen warmen Wassers, womit die Anstalt arg benachteiligt wird. Schwere Erkältungserscheinungen, Mittelohrentzündungen, Blutarmut usw. sind die Folgen dieser Uebertreibungen. So wird der Vorteil häufigen Badens im kühlen Wasser in das schädlichste Gegenteil verkehrt, nur weil das Publikum jegliche Baderegeln vernachlässigt. — Es ist daher notwendig, die Baderegeln zu beachten.

Die neuen Postgebühren.

Im Reichsgesetzblatt ist nunmehr das neue Gesetz über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren veröffentlicht worden, das am 1. Oktober in Kraft tritt und den gesamten Brief-, Paket- und Telegrammverkehr erheblich verteuert. Danach beträgt künftig das Porto für Briefe im Ortsverkehr 12½ Pf. (bei über 20 bis 250 Gramm 17½ Pf.), im sonstigen Verkehre 20 Pf., für Postkarten im Ortsverkehr 10 Pf., im sonstigen Verkehr 12½ Pf., für Drucksachen bis 50 Gramm 5 Pf., über 50 bis 100 Gramm 7½ Pf. Bei Drucksachen und Warenproben über 100 Gramm, Geschäftspapiere, Mischsendungen, Postauftragsbriefen, Rohrpostbriefen und Rohrpostkarten tritt zu den bisherigen Postgebühren ein Zuschlag von 5 Pf., ebenso auch bei Postanweisungen bis 100 Mark, während bei solchen darüber der Zuschlag 10 Pf. beträgt. Bei Paketen bis 5 Kilogramm wird auf Entfernungen bis 75 Kilometer ein Zuschlag von 15 Pf., bei weiteren Entfernungen ein solcher von 25 Pf. erhoben; bei Paketen über 5 Kilogramm betragen die entsprechenden Zuschläge 30 bzw. 50 Pf. Die Fernsprechanschlüsse und die einzelnen Orts- und Ferngespräche erfahren eine Erhöhung um 20 Prozent der bisherigen Gebühren, während beim telegraphischen Verkehr sich künftig das einzelne Wort um 3 Pf. teurer stellen wird. Gewisse Ausnahmen von der Porto- und Telegrammerhöhung sind zugunsten der Versendung von Zeitungen und Zeitschriften sowie der als Drucksache zur Versendung gelangenden Pressenachrichten der Nachrichtenbureaus getroffen, ebenso sind auch die Presse-Telegramme von der neuen Reichsabgabe befreit.

---

* **Kein Kleiderablieferungszwang für Heeresangehörige.** An der Front sind verschiedentlich beunruhigende Gerüchte verbreitet, daß die Reichskleiderstelle beabsichtige, bei der Reichskleidersammlung auch die Zivilkleidung der im Felde stehenden Soldaten zu beschlagnahmen. Die Reichskleiderstelle beabsichtigt, wie sie in ihren Mitteilungen ankündigt, keinesfalls, den Leuten draußen, die für uns kämpfen, daheim ihre unentbehrlichen Kleidungsstücke wegzunehmen. Heeresangehörige, die im Felde stehen, können selbstredend nicht zur Abgabe einer Bestandsanzeige aufgefordert werden. Da diese Aufforderung nach Sinn und Wortlaut der Anordnungen der Reichskleiderstelle nur an die Personen zu richten ist, die voraussichtlich einen abgabefähigen Anzug besitzen, kommt die Ehefrau für die Abgabe einer Bestandsanzeige nicht in Betracht. An die Ehefrauen der im Felde stehenden Heeresangehörigen dürfen daher die Kommunalverbände die Aufforderung zur Anzeige des Bestandes der Anzüge ihrer Ehemänner nicht ergehen lassen.

* **Wirksamen Mieterschutz** gewährt eine recht nachahmenswerte Verordnung, die die Stadt Mainz erlassen hat. Danach dürfen Ein- bis Fünfzimmer-Wohnungen nur dann gekündigt und anderweitig vermietet werden, wenn die Kündigung durch das städtische Mieteinigungsamt genehmigt ist. Eine Ausnahme bildet nur der Fall, daß Mieter und Vermieter über die Auflösung des Mietverhältnisses einig sind.

Wie wär's, wenn der Hallische Magistrat sich des Mieterschutzes in ähnlicher Weise annehmen würde?! Die Notlage der Wohnungsmieter ist in Halle wahrlich nicht geringer als in Mainz!

* **Die sprunghafte Zunahme der Heilverfahrensanträge.** Nach einer Mitteilung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt ist die Zahl der Heilverfahrensanträge der Angestellten fortgesetzt im Steigen begriffen. In den Monaten Mai und Juni ist aber eine fast sprunghaft zu nennende Zahl der Anträge zu nennen. Das Direktorium meint dazu, es zeige sich das Bestreben der Versicherten, ihr Heilverfahren in die Sommermonate zu verlegen. Der Hauptgrund ist aber in den ungünstigen Ernährungsverhältnissen zu suchen. Mangelhafte Ernährung, gesteigerte Erwerbstätigkeit, vermehrte Sorgen führen recht bald zu Erkrankungen, chronischen Krankheiten und Siechtum, und daher steigt die Zahl der Heilverfahrensanträge. Je länger der Kriegszustand dauert, desto mehr werden sich die Anträge häufen.

* **Das Kinderfest des Sozialdemokratischen Vereins** (II. S. P. D.), das sich stets großer Beliebtheit bei den Kindern erfreute, wird am nächsten Mittwoch, 7. August, im Volkspark begangen. Der Eintrittspreis für Erwachsene beträgt 20 Pf., während Kinder unter 14 Jahren vollkommen frei sind. Preisermäßigungen für Getränke können jedoch von der Geschäftsleitung in diesem Jahre nicht zugestanden werden.

* **Die Fürsorgestelle für Lungenkranke,** Salzgrafenstraße 1, hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, Lungenkranke unentgeltlich zu untersuchen und über die Maßnahmen aufzuklären, die zu ihrer Genesung und zur Bekämpfung der Tuberkulose im allgemeinen dienen können. Sie gibt den Kranken Verhaltungsmaßregeln und sucht die Angehörigen vor Ansteckung zu schützen. Die Fürsorgestelle übernimmt nicht die ärztliche Behandlung des Kranken, sondern sucht ihre Ziele vielmehr zu erreichen durch: a) frühzeitige Ermittlung der Lungenkranken, b) ärztliche Untersuchung des Kranken und seiner Angehörigen, c) Aufklärung der Familien, d) Vermittlung eines Heilverfahrens für heilbare Lungenkranke und Fürsorge für bedrohte Angehörige, e) Beseitigung der gefährlichsten Entstehungsherde (Trennung des Kranken, Entseuchung der Wohnung und Kleidung), f) Unterstützung der Angehörigen solcher Lungenkranker, die sich in Heilstätten befinden. — Sprechstunden täglich 4 bis 5 Uhr nachmittags.

* **Ackerverpachtung des Bundes für Volkskraft.** Professor E. Abderhalden schreibt uns: Der Bund hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst viele Familien mit Ackerland zu versorgen. Niemand weiß zurzeit, wie lange der Krieg noch dauern wird, noch weniger läßt sich zurzeit, ausfagen, ob nach Verlauf von 5 oder 10 oder noch mehr Jahren wieder normale Verhältnisse eingetreten sein werden. Aus diesem Grunde müssen alle, die es irgendwie können, sich zu Selbstversorgern machen. Die Preise für Ackerland schnellen rasch in die Höhe. Schon jetzt werden 200 Mark für den Morgen verlangt. Der Bund hat in Kröllwitzer Flur vorzügliches Land auf sechs Jahre gepachtet, das zu recht billigen Preis abgegeben werden kann. Voraussichtlich werden 300 Quadratmeter nicht über 9,50 Mark kommen. Auf der Geschäftsstelle des Bundes liegt ein Plan des Landes aus. Wer nicht bis zum 10. August sich Land sichert, hat keins mehr zu erwarten, denn es besteht keine Möglichkeit, an anderer Stelle Land zu erhalten. Besonders sei darauf hingewiesen, daß der Bund folgende Aecker verliert: Bergmannstraße, Hüttenschule, Feuerwache, Turmstraße. Unwahrscheinlich ist ferner die Wiederpacht der Aecker am Grünen Weg, der Artilleriestraße, Canenaer Weg I.

* **Das Briefgeheimnis.** Das Briefgeheimnis wird von den Aushelfern der Post nicht immer gewahrt, besonders von den Hilfskräften im Postbotendienst. Das Reichspostamt hat deshalb die Vorsteher der Postämter angewiesen, den Aushelfern nachdrücklich einzuschärfen, daß es streng verboten ist, Dritten mitzuteilen, daß und für wen Postsendungen abgesandt oder eingetroffen sind. Zuwiderhandlungen sind streng zu ahnden.

* **Der Lehrerverband der Provinz Sachsen** wird in den Herbstferien eine Vertreterversammlung in Magdeburg abhalten. Es sind folgende Vorträge in Aussicht genommen: 1. Die Lehrerbesoldung und ihre Uebernahme auf die Staatskasse. 2. Beamtenbesoldung und Bevölkerungspolitik.

* **Schwindler.** Polizeilich wird mitgeteilt: Am 27. Juni mietete sich in Halle ein angeblicher Remus ein und bezahlte die Miete bis 1. 7. voraus. Am 1. 7. gab er vor, daß er von seinem in Wahren wohnenden Onkel Lebensmittel bekommen könnte, die er abholen sollte. Er erbat sich seine Wirtin solche abzulassen und verlangte einen Vorschuß von 100 Mk., den er auch erhielt. Seitdem hat sich der angebliche Remus nicht wieder sehen lassen. In seiner Wohnung hat er einen dunkelbraunen, genarbten Handkoffer aus Kunstleder mit gelbem Beschlag zurückgelassen. In demselben befinden sich folgende Gegenstände: Ein Wertbrief mit der Aufschrift Herrn Johannes Remus aus Neudietendorf bei Erfurt, zu Händen der Direktion der Darmstädter Bank in Halle. Inliegend: zwei Kriegsanleihen (5proz. Reichsanleihe) Nr. 394 7835/6 Lit. J/II von 1917 über je 500 Mk. Auf der Rückseite steht: Absenderin Frau verw. Gutsbesitzerin H. Grützner geb. Remus in Neudietendorf bei Erfurt. Im Auftrage, Filiale der Reichsbank in Erfurt, geg. Hohlfeld. Kassenrendant. Die Siegel sind schwarz und zeigen als Abdruck den Reichsadler eines Zweipfennigstückes. Die Handschrift ist die eines Kaufmanns und ausgeschrieben. Beim Oeffnen des Briefes wurde die Nr. 178 der Leipziger Neuesten Nachrichten darin vorgefunden. In der Reisetasche befinden sich noch fünf kleine Beutel, woraus zu ersehen sein dürfte, daß der Schwindler bereits mehrere derglichen Betrügereien ausgeführt hat. Außerdem fanden sich in der Tasche noch ein dunkler Filzhut mit der Inschrift in Leder Max Cozard, Berlin, ein Doppelschlüssel, 1 Stoß verschiedener Zeitungen, 1 sächsisches Kursbuch, 2 Romanbücher und 1 weißer Leinenkragen vor. Der Betrüger wird wie folgt beschrieben: Vermutlich Kaufmann, 44 bis 45 Jahre alt, angeblich aus Erfurt, 1,64 Meter groß, untersetzt, schwarzes Haar, kl. dunkler Schnurrbart, volles Gesicht und hohe Stirn. Er sprach fremde Mundart und war bekleidet mit schwarzem steifen Filzhut, hellgrauem Rockanzug und schwarzen Schuhen. Die Kleidung war in gutem Zustande. Wer Angaben über die Person des Täters machen kann, wolle sich bei der Kriminalpolizei, Dreihauptstraße 4, Zimmer 78, melden; dort liegt auch der Koffer mit Inhalt zur Ansicht aus.

* **Gestohlen** wurden in der Zeit vom 15. bis 20. Juli vier weiße Bettücher, gez. B. M. im Monogramm; drei weiße Tischtücher, eins gez. P. M.; ein Herrennormalhemd; vom 20. zum 21. Juli eine Sofadecke aus graugrünem und braungemustertem Plüsch, 1,50 Meter lang, 70 Zentimeter breit; zwei weiße gehäkelte Kierdeckchen; am 25. Juli zwei weißleinene Bettbezüge, zwei Kopfkissenbezüge, zwei Bettücher und zwei Handtücher, sämtlich gez. M. S.; zwei Schäle gelbliche Zuggardinen; vom 26. zum 27. Juli ein Treibriemen, 7 Meter lang und 9 Zentimeter breit; am 1. Aug. eine große Puppe mit echtem schwarzen Haar mit weißer Schleife, bekleidet mit weißer Barchentjoppe, kurzer Schürze mit blauer Kante und weißen Schuhen.

Montag früh wurde ein Portier auf einem an der Bahnhofstraße belegenen Kartoffelacker beim Kartoffeldiebstahl durch einen Polizeibeamten ertrischt.

Diemitz. Aus der Gemeindevertretung. Die letzte Versammlung der Gemeindevertretung behandelte als wichtigste Angelegenheit die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 1916. Nach dem Berichte der mit seiner Erstattung beauftragten Mitglieder Lincke und Böttcher des Rechnungs- und Kassenprüfungsausschusses stellte die Versammlung die Jahresrechnung der Gemeindekasse für das Rechnungsjahr 1916 wie folgt fest: Gesamteinnahme 929 700,11 Mk., Gesamtausgabe 827 189,33 Mk., Kassenbestand 1 510,78 Mk. Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig, der Gemeindekasse und dem Gemeindevorstand für die Jahresrechnung 1916 Entlastung zu erteilen. In Verbindung hiermit wurden die Ueberschreitungen einzelner Haushaltsplanansätze einstimmig genehmigt, ungeachtet deren gegenüber dem Voranschlage im ganzen immer noch eine Gesamtersparnis von rund 8000 Mk. gemacht worden ist. — Der Erlaß eines Nachtrages zu der Geschäftsordnung der Gemeindevertretung auf Grund des Artikels 8 des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung fand keine Mehrheit.

In Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse beschloß die Versammlung, demnächst die Versicherungssumme für die Feuerversicherungen der Gebäude und Einrichtungsgegenstände usw. der Gemeinde grundsätzlich um die Hälfte zu erhöhen und bewilligte die dafür entstehenden Mehrkosten. Zufolge eines Antrages der Mieter des Hauses Breite Straße 31 betr. Erweiterung der elektrischen Beleuchtungsanlage in den Wohnungen sollen Kostenanschläge eingezogen und zur neuen Beratung vorgelegt werden. Zum Schluß der öffentlichen Sitzung lehnte die Versammlung den Abschluß eines neuen Vertrages mit dem Kriegsbekleidungsamt ab; falls das Kriegsbekleidungsamt auf seiner Tätigkeit bestehen sollte, wird die Verteilung der Näharbeiten an die Kriegerfrauen eingestellt werden müssen.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 6. August: Zeitweise aufheiternd, tagsüber warm, noch örtlich Gewitter.

Rechtskenntnis ist der beste Rechtsschutz.

Das Eherecht (Verlöbnis, Eheschließung, Ehenichtigkeit und Wirkungen der Ehe)	1.00 M.
Das Ehescheidungsrecht	1.00 „
Gesetzliches Erbrecht	1.00 „
Das Mietsrecht	1.00 „
Verwandtschaftsrecht	1.00 „
Vormundschaftsrecht	1.00 „
Das Recht der Testamente und Erbverträge	1.00 „
Schenkung, Leihe, Bürgschaft, Darlehn	1.00 „
Strafprozeß	1.00 „
Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	0.50 „
Auftrag und Verwahrungsvertrag	0.50 „
Bundesrat und Reichstag	0.50 „

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Bekanntmachung!
Alle Hausfrauen, die darauf bedacht sind, stets eine blendend weiße Wäsche zu erhalten, verwenden nur noch
Schmitz-Bonn's
Wasch- u. Bleichhülfe
Garantiert unschädlich.
Endgültig genehmigt vom Kriegsausschuss unter Nr. 2503.
In Paketen zu 30 Pfg. überall erhältlich.
Alleinige Hersteller:
Schmitz-Bonn Söhne
chem. Fabrik Düsseldorf-Reisholz.
*730

Ansichts-Karten
ernsten u. heiteren Inhalts.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Schlosser und Arbeiter
für Eisenkonstruktionen für dauernde Beschäftigung
sofort gesucht. 1286
F. G. Weisse & Co.,
Neust. Dessauerstr. 19.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Heizer
für Zentralheizung und Pflege des elektrischen Lichts gesucht.
A. Huth & Co.,
Halle a. S. 1514

Erfahrene
Eisendreher, Eisenhobler u. Masch.-Schloss.
für dringenden Heeresbedarf stellen ein 1116
Lange & Gellen,
Maschinenfabrik, Reilmarktstr. 43.

Maurer, Zimmerer und Arbeiter *855
für auswärtige Baustelle mit Logis und Verpflegung sofort gesucht.
Hermann Pfeiffer, Baugeschäft,
Halle a. S., Ulestrasse 3.

Möbeltischler,
selbständiger, älterer Arbeiter, militärfrei, auf gute Möbel gesucht. 1512
Albert Martick Nachf.,
Möbelfabrik, Alter Markt 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180805-16/fragment/page=0006